

FDP
Die Liberalen



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn Radikal	2/3/4 7	Jungfreisinnige Geldspielgesetz	8 9	Schweizer Tourismus Delegiertenversammlung	10 12/13	Seite der Präsidentin Unter Freisinnigen	20 22
-------------------	------------	------------------------------------	--------	---	-------------	---	----------

24. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Dornecker FDP-Freunde

Nach über 30 erfolgreichen Ausflügen will Organisator Georg Hofmeier nächstes Jahr etwas kürzertreten.

[Seite 2](#)

Aus dem Kantonsrat

Christian Scheuermeyer möchte, dass das Solothurner Parlament seine Redezeit effizienter einsetzt.

[Seite 3](#)

Bringonkelpolitik

In Anlehnung an ein Zitat von Wilhelm Busch äussert sich unser Kolumnist dieses Mal zu Onkel, Tanten und Vätern.

[Seite 4](#)

Wahlbeobachtung in Kirgisistan

Einen Beitrag für freie und faire Wahlen zu leisten, bedeutet, sich für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden zu engagieren. Ziel ist es immer, aktiv «freie und faire» Wahlen anzustreben und zu unterstützen. Dazu braucht es wohl auch eine Portion Idealismus und altruistischen Geist. Ein Bericht von Nationalrätin und Wahlbeobachterin Doris Fiala.

[Seiten 16 und 17](#)

Freisinniger Parteiabend

Wohin soll die FDP den Kanton Solothurn führen?

Zum Abschluss des anstrengenden Wahljahres sind die Freisinnigen aus dem ganzen Kanton Solothurn herzlich zu einem inspirierenden Abend in den Bezirk Bucheggberg eingeladen. Als besonderen Gast dürfen wir Bundesrat Johann Schneider-Ammann in unserem Kreis willkommen heissen. Er wird uns eine Motivationspritze verabreichen und zum gemeinsamen Politisieren beim Fondue verweilen.

Nebst dem leiblichen will auch das geistige Wohl gestärkt sein. Wo steht der Kanton Solothurn im Vergleich mit anderen? Wo ist er spitze, wo besteht Nachholbedarf? Und wie steht es überhaupt mit der Zufriedenheit der hiesigen Einwohnerinnen und Einwohner? Christian Hunziker, stellvertretender Direktor der Solothurner Handelskammer, und Prof. Dr. Mathias Binswanger von der Fachhochschule Nordwestschweiz wissen die Antworten auf diese und weitere Fragen.

Mediamatik-Lernende der Swisscom waren in den letzten Tagen mit einer Videokamera auf den Strassen des Kantons Solothurn unterwegs. «Was erwarten Sie vom Solothurner Freisinn?», wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt. Das verblüffende Resultat sehen Sie in einem Zusammenschnitt. Wertvolle Anstösse für die



Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird am Parteiabend in Aetigkofen sprechen.

politische Arbeit im nächsten Jahr sind bei diesem Programm garantiert.

Freisinniger Parteiabend

Mittwoch, 22. November 2017, 19.00 Uhr, Ischhof, Britternstrasse 4, 4583 Aetigkofen. Der Parteiabend ist öffentlich. Für das Fondue wird ein Unkos-

tenbeitrag von 20 Franken eingezogen. Ab Hauptbahnhof Solothurn ist auf Wunsch ein Shuttlebus organisiert.

Anmeldung: Wir bitten um eine umgehende telefonische Anmeldung an das Sekretariat FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn, Tel. 032 622 31 66. Wir freuen uns auf Sie.

Aus den Ortsparteien

FDP Bettlach «uf Bsuech»

Zum 15. Mal ging die FDP Bettlach «uf Bsuech», diesmal zu 41medical. Der Anlass weckte sehr grosses Interesse. Fred Leibundgut konnte über 40 Teilnehmende, unter ihnen auch Landammann Dr. Remo Ankli, begrüssen.

Barbara Leibundgut,
Kantonsrätin, Bettlach

Prof. Dr. Robert Frigg erläuterte, wie Dr. Hansjörg Wyss nach dem Verkauf der Firma Synthes eine Firma gründete, die sich unter anderem auf Entwicklungen fokussiert und welche nicht auf einer grünen Wiese, sondern aus einer etablierten mechanischen Werkstatt heraus entstehen sollte. Aus diesem Grund übernahm er Ende 2012 die bestehende Startech GmbH zu 100 Prozent. Kurz darauf schloss DePuy Synthes die Innovationsgruppe in Zuchwil und somit standen nun langjährige und ausgewiesene Medtech-Entwicklungsexperten zur Verfügung. Der Aufbau des Medtech-Bereiches sollte durch den Gewinn der etablierten Präzisionsmechanik quersubventioniert werden. Mit grossem finanziellem Aufwand wurden die Abläufe für Entwicklung, Produktion und Inverkehrbringung von Medizinprodukten geregelt und letzten Endes konnte eine



Von links: Delegierter des Verwaltungsrats Prof. Dr. h. c. mult. Robert Frigg, Landammann Dr. Remo Ankli, Gemeindepräsidentin Barbara Leibundgut und Executive Director Dr. Alfred Niederberger.

für Medizinprodukte notwendige Zertifizierung erlangt werden.

Auf vier Pfeilern aufgebaut

Dr. Alfred Niederberger erläuterte das Businessmodell der 41medical, welches vier Pfeiler umfasst: Zum einen entwickelt, produziert und verkauft

41medical eigene Medizinprodukte. Als zweiten Pfeiler entwickelt 41medical neue patentierte Technologien, die interessierte Firmen durch den Erwerb von Lizenzen nutzen können. Der «Inkubator», ein weiterer Pfeiler, ermöglicht Start-ups in der Medizintechnik unter dem Dach von 41medi-

cal auf das Know-how, das Qualitätsmanagement, die internen Ressourcen und das Unterlieferantennetzwerk zurückzugreifen. Schliesslich wird der Sektor für Präzisionsmechanik für Einzelteile bis hin zur Serienproduktion für unterschiedliche Industriesektoren laufend ausgebaut.

Offenheit wurde geschätzt

Nach der Einführung in die Geschichte, die Struktur und die Arbeitsweise des Unternehmens erhielten die Bettlacher Freisinnigen auf einem spannenden Rundgang einen direkten Einblick in die Produktion und die Entwicklungsarbeit. Beim anschliessenden Apéro wurden viele Eindrücke ausgetauscht. Herzlichen Dank an die Verantwortlichen für den eindrücklichen Besuch, die Gastfreundschaft und die sympathische, ehrliche und unverblühte Darstellung der 41medical AG. Weitere Bilder zum FDP-uf-Bsuech-Anlass sind unter www.fdp-bettlach.ch zu finden.

Dornecker FDP-Freunde

Georg Hofmeier tritt ins zweite Glied

Was im September 2012 mit dem Besuch des Kommandopostens der Grenzbrigade 4 in Balsthal klein begann, hat sich mittlerweile als fester Bestandteil im Jahresprogramm zahlreicher Freisinniger aus der Region Dorneck etabliert. Die Ausflüge der «Dornecker Freunde der FDP» haben in den letzten fünf Jahren zum Zusammenhalt und zum Teamgeist von Freisinnigen aus dem ganzen Bezirk Dorneck sowie weiteren Gebieten des Kantons Solothurn und dem Baselbiet beigetragen. Kopf hinter den «Dornecker Freunden» ist Georg Hofmeier. Der frühere Kantonsratspräsident aus



Georg Hofmeier vor dem Riesentruck der Betriebsfeuerwehr der Pilatuswerke.

Nuglar hat seit 2012 jährlich fünf halbo- oder ganztägige Ausflüge organisiert. Die Reiseziele reichten vom Nagra-Felslabor in der Grimsel über das Läckkerlihuus und das Paraplegikerzentrum Nottwil bis ins Bundeshaus. Im nächsten Jahr heissen die Destinationen: Briefzentrum Härkingen, Keramik Laufen AG, Swisstop Wabern, Kraftwerk Augst und Stadler Rail, Bussnang. Ende 2018 darf Hofmeier somit auf 31 vielfältige und meist sehr gut besuchte Anlässe zurückblicken. Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch der Pilatus-Werke in Stans mit Mittagessen auf dem Stanserhorn im

Juni dieses Jahres, als 86 Anmeldungen eingingen, wo doch nur 50 Plätze zur Verfügung standen. Georg Hofmeier darf im November 2018 seinen 80. Geburtstag feiern und hat angekündigt, danach ins zweite Glied treten zu wollen. Es ist den Dornecker FDP-Freunden zu wünschen, dass sich eine Nachfolge finden lässt, die diese verbindenden und informativen Reisen auch weiterhin organisiert. Die FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn dankt Georg Hofmeier herzlich für sein enormes Engagement und wünscht den Dornecker FDP-Freunden noch viele gesellige Stunden.

Aus dem Solothurner Kantonsrat

Effizientere Behandlung von Interpellationen

Christian Scheuermeyer,
Kantonsrat, Deitingen

Die drei ersten Sessionen der neuen Legislatur haben deutlich aufgezeigt, dass die Behandlung der Interpellationen im Solothurner Kantonsrat zu oft ineffizient und nicht zielführend ist. Wenn der Kantonsrat bei der Debatte von Interpellationen zu viel wertvolle Zeit verliert, kommt er in der Behandlung der wichtigen Geschäfte zu langsam vorwärts. Aktuell finden die Interpellationen eine zu grosse Beachtung. Sie beanspruchen oftmals viel mehr Zeit als ein Auftrag, bei dem dann zumindest abschliessend das Parlament noch einen Beschluss fällt. Zusätzlich werden gefühlt immer mehr Interpellationen eingereicht, was die Geschäftslast des Parlaments zusätzlich erhöht.

Diskussion auf Beschluss

Bei einer Interpellation geht es schlussendlich einzig um die Feststellung, ob der Erstunterzeichner mit den Antworten der Regierung einverstanden ist.



Christian Scheuermeyer

Um dies festzustellen, sollte der Kantonsrat nicht mehr als 20 Minuten seiner knappen Zeit investieren. Aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen will ich mit folgendem Auftrags-text zuhanden der Ratsleitung erreichen, dass die Interpellationen künftig effizienter behandelt werden können:

- Jede der fünf Fraktionen kann mit maximal 2 Minuten Redezeit Stellung nehmen.

- Der Regierungsrat kann mit max. 5 Minuten Redezeit seine schriftlichen Antworten noch zusätzlich ausführen und ergänzen.

- Der Interpellant kann mit maximal 5 Minuten Redezeit seine Einschätzungen und Gedanken darlegen, Stellung nehmen und zum Schluss erklären, ob er mit den Antworten der Regierung «befriedigt», «nicht befriedigt» oder «teilweise befriedigt» ist.

- Eine Diskussion findet nur statt, wenn es der Kantonsrat beschliesst (grosse Neuerung, welche zu einer spürbaren Entlastung des Parlaments führen wird).

Die straffere Behandlung im Parlament soll die Interpellation wieder in die richtige Position zwischen den parlamentarischen Instrumenten Auftrag und Kleine Anfrage stellen. Die Plattform, via Interpellationen persönlichen Wahlkampf und Effekthascherei zu betreiben, würde auf ein Minimum reduziert. Zugleich kann das Parla-

ment mit einem Mehrheitsbeschluss die Diskussion öffnen, wenn ein wirklich relevantes Thema auf diesem Weg angesprochen wird.

Solothurn als Einzelfall?

Andere Kantone gehen noch deutlich weiter, wie z. B. St. Gallen, wo im Parlament grundsätzlich der Interpellant und die Regierung je mit max. 3 Minuten etwas zu einer Interpellation sagen können. Eine Diskussion findet auch dort nur statt, wenn das Parlament dies beschliesst. Diese Regelung ist eigentlich in allen Kantonen mit Ausnahme Solothurns Standard. Somit wäre die neue Handhabung ein guter Kompromiss zwischen einer radikaleren Form und dem bisherigen Vorgehen, welches mit seiner ganz offenen Redemöglichkeit aller Ratsmitglieder (ohne expliziten Parlamentsbeschluss) wohl einzigartig in der Schweiz ist. Auch wenn es in Solothurn schon «immer eso gsi isch», sollte dies zugunsten eines strafferen und effizienteren Parlamentsbetriebs geändert werden.

Öffentliche Fraktionssitzung

Kantonsangestellte zu Besuch

Charlie Schmid,
Parteisekretär, Solothurn

Es ist schon seit einigen Jahren Tradition, dass die freisinnige Kantonsratsfraktion Kantonsangestellte und Vertreterinnen und Vertreter der Judikative zum Gespräch einlädt. Im Rahmen der Fraktionssitzung während der Novembersession fand dieser Austausch auch dieses Jahr wieder statt. Rund 20 Gäste folgten der Einladung zum Stehapéro im fünften Stock des Hotels Roter Turm in Solothurn. Mit dabei waren auch Vertreter des kantonalen Parteivorstands. Der direkte Draht von der Politik zur Verwaltung hilft, die gegenseitigen Bedürfnisse und Anliegen besser zu verstehen.



Gute Stimmung im «La Tourelle», dem Dachrestaurant des Hotels Roter Turm, wo sich die Fraktion und ihre Gäste zum Stehlunch einfanden.

Fraktionschef Peter Hodel freute sich über das Publikum, das im Anschluss einer quasi öffentlichen Fraktionssitzung beiwohnte. Eine solche gibt den Vertretern der Verwaltung auch immer Gelegenheit, Fragen zu Geschäften zu beantworten, die sie selbst betreffen. So konnte Thomas Zuber, Kommandant der Kantonspolizei, beispielsweise einige Ergänzungen zum Ausbau der Liegenschaft «Marktplatz 22» in Grenchen anbringen. Der Kantonsrat genehmigte am folgenden Tag schliesslich 1 Million Franken, um im kantonseigenen Gebäude künftig den dortigen Regionalposten der Polizei unterzubringen. Die nächste öffentliche Fraktionssitzung findet übrigens am 6. November 2018 statt.

Kolumne

Bringonkelpolitik

Urs Marti, Langendorf



Lieber ein Onkel, der Geschenke bringt, als eine Tante, die Klavier spielt. Wem dieser Spruch zu sexistisch ist, kann ruhig die Tante auf die Einkaufstour schicken, während der Onkel geigt. Doch Onkel und Tanten sind ohnehin schon längst passé. Onkel Max ist zum ganz gewöhnlichen Max, die Tante Elsa zum Elsi herabgestuft worden. Aber zum Geburtstag und an Weihnachten haben sie so oder so gefälligst Geschenke zu bringen.

Onkel Pirmin hat es den Wählern versprochen: Er bringt's. Und daran hält er sich. Bei der AHV-Reform 2020 plädiert er im Ständerat unnachgiebig für den 70-Franken-Zuschlag für Neurentner. In der Volksabstimmung scheidet jedoch die Vorlage nicht zuletzt wegen dieser 70 Franken. Was hätten diese ausser einem Zweiklassen-Rentensystem effektiv gebracht? Zugegeben: wer den Franken zweimal drehen muss, bevor er ihn ausgeben kann, könnte sich damit einen neuen Pullover oder ein paar neue Schuhe kaufen oder sich für einmal sonst etwas leisten, wozu normalerweise das Geld nicht reicht. Aber trotz der massiven Kürzungen der Pensionskassenrenten wären die meisten Rentnerinnen und Rentner mit oder ohne 70 Franken am Neujahr gleich arm oder gleich reich wie heute. Aber auch nach der Abstimmungsniederlage lässt der Bringonkel mit seinen Forderungen nicht locker. Etwa eine Erhöhung des Frauen-Rentenalters wäre nur mit einem genügenden sozialen Ausgleich vertretbar, moniert der Solothurner Ständerat.

Die SP verfolgt mit ihrer Politik das Prinzip: Wir bestellen (teure Schulhäuser, aufwendige Verkehrsschikanen, noch mehr Kindertagesstätten) – die andern zahlen (will sagen: mehr Steuern). Die CVP macht es anders. Sie huldigt der Bringonkelpolitik. Hier verteilen wir etwas. Dort darf es noch ein bisschen mehr sein. Typisch ihr Umgang mit der Papi-Zeit. Eine Volksinitiative verlangt vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Das geht dem Bundes-

rat zu weit, weswegen er das Begehren ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Dem Vernehmen nach soll dabei Bundesrat Alain Berset mit seinem Vorschlag, wenigstens zwei Wochen Vaterschaftsurlaub zu gewähren, in der Landesregierung nicht durchgedrungen sein. Und nun kommt die CVP mit ihrem alten Postulat, das zwar im Nationalrat keinen Erfolg hatte: 10 Tage Papi-Zeit. Und damit wäre dann die Familie gerettet?

Bringonkelpolitik ist die Politik von gestern, als man im Solothurner Kantonsrat noch darüber gestritten hat, ob die Kinderzulagen um 5 oder 10 Franken erhöht werden sollen. Die Sozialpolitik von heute verlangt austradierte Lösungen, bei der AHV etwa die Sicherstellung der Finanzierbarkeit der zu erbringenden Leistungen. Für Sonderwünsche, für eine Krämerpolitik, so nach dem Motto «Dir gebe ich dann auch noch etwas» hat es keinen Platz.

Wechsel in den Ortsparteien

Selzach: Michael Bur (neu) für Christoph Scholl
Stadt Solothurn: Charlie Schmid (neu) für Urs Unterlerchner

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Veranstaltungen

November 2017

- Mi 22. 19.00 Uhr Freisinniger Parteiabend – mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann (Ischhof, Aetigkofen)
- Do 23. 18.00 Uhr Club FDP 2000: Jahresversammlung mit Gastreferentin Nationalrätin Petra Gössi (Roter Turm, Solothurn)
- Do 30. 20.00 Uhr Podium der FDP Stadt Olten: Olten als Einkaufsort – läuft in Zukunft das Weihnachtsgeschäft also nur noch digital? (Hotel Olten, Winkelunterführung)

Dezember 2017

- Mi 20. 18.30 Uhr Parteivorstand mit Schlussessen (Rössli, Oensingen)

Januar 2018

- Di 23. 19.30 Uhr Kantonale Delegiertenversammlung
- Mi 31. 19.30 Uhr Parteivorstand (Rössli, Oensingen)

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/events

HESO 2017: Volles Haus

Das FDP-Beizli «Zum Freisinn» war auch an der vergangenen Herbstmesse Solothurn (HESO) wieder ein beliebter Treffpunkt. Am Stammtisch nahmen während der zehn Messtage zahlreiche junge und ältere Gäste Platz. Bei einer Stange Bier, einem Glas Weisswein oder einem Mineral wurde über Gott und die Welt philosophiert und wurden aktuelle politische Themen debattiert. Zahlreiche Kantonsrätinnen und Kantonsräte sowie Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von nah und fern leisteten im Service etliche Frontstunden. Die FDP-Auftritte an der HESO und der MIO in Olten sind bereits bestens eingespielt. Seitens der



Iris Kofmel vom FDP-Sekretariat und Kantonsrat Hubert Bläsi im Einsatz.

Bevölkerung wird geschätzt, dass die Freisinnigen auch nach den Wahlen den Kontakt zur Öffentlichkeit suchen. Das ist Basisarbeit vom Feinsten!

Entscheidende Wahlen stehen an

Hohe Ziele

Nach mehrheitlich erfolgreichen kantonalen Wahlen 2017 stehen im neuen Jahr diverse Gesamterneuerungswahlen an. Ein kurzer Überblick soll zeigen, wo die Kantonalparteien stehen und was ihre Ziele sind.

Nidwalden



**Stefan Bosshard, Präsident
FDP.Die Liberalen Nidwaldner**

Am 4. März 2018 finden im Kanton Nidwalden Gesamterneuerungswahlen statt. Zu wählen sind sieben Regierungsräte im Majorzverfahren und 60 Landräte – so nennen wir das Kantonsparlament in Nidwalden – im Proporzverfahren mit dem klingenden Namen «Doppelter Pukelsheim». Unsere Ziele für diese Wahlen sind klar: Im Regierungsrat wollen wir mindestens unsere beiden Sitze behalten. Da insgesamt zwei der sieben Regierungsräte, darunter Yvonne von Deschwanden (FDP), nicht mehr antreten, werden wir mit unserem bisherigen Regierungsrat und Finanzdirektor Alfred Bossard und

mindestens einem neuen Kandidaten zu den Wahlen antreten. Die Nomination der Regierungsratskandidaten findet am 11. Januar 2018 statt.

Mit 15 der insgesamt 60 Sitze im Landrat hat die FDP Nidwalden einen Anteil von 25 Prozent. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mindestens einen oder zwei Sitze dazuzugewinnen und zur zweitstärksten Fraktion im Landrat aufzusteigen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es für uns wichtig, in jeder einzelnen Gemeinde eine volle Liste mit guten Kandidaten präsentieren zu können.

Mit dem Schwung des Erfolgs der FDP.Die Liberalen im Rücken sind wir zuversichtlich, unsere Ziele zu erreichen – für ein Nidwalden in Bestform.

Bern



**Stefan Nobs,
Geschäftsführer FDP Bern**

Im Kanton Bern stehen am 25. März 2018 die Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates und des Regierungsrates an. Die FDP will im Kantonsparlament um 5 Sitze zulegen. Im Moment verfügen die Freisinnigen über 17 Mandate. Kantonalparteipräsident Pierre-Yves Grivel: «Das Ziel ist ambitiös, aber wir haben unsere Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen bei vergangenen Wahlen analysiert und sind überzeugt, dass wir in mehreren Regionen Sitze dazugewinnen können.»

Bei den Regierungsratswahlen wollen die Freisinnigen den Sitz des zurücktretenden Hans-Jürg Käser halten. Bereits Ende Mai haben die Delegierten Grossrat Philippe Müller für dieses Amt nominiert.

Gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien BDP, EDU und SVP will die FDP die 2016 zurückgewonnene bürgerliche Mehrheit in der Kantonsexekutive verteidigen.

«Der Kanton Bern braucht eine bürgerliche Regierung und ein bürgerliches Parlament, damit wir gemeinsam den Kanton Bern vorwärtsbringen können», so Pierre-Yves Grivel.

Graubünden



**Vera Stiffler,
Geschäftsführerin und Fraktions-
präsidentin FDP Graubünden**

Die FDP Graubünden hat sich zum Ziel gesetzt, weiterhin stärkste Partei im Grossen Rat zu bleiben und unseren bisherigen Regierungsrat glanzvoll zu bestätigen. Der Bündner Grosse Rat besteht aus 120 Mitgliedern und fünf Regierungsräten. Die FDP, als stärkste Fraktion im Kanton, stellt 35 Mitglieder (CVP 31, BDP 27, SP 16, SVP 9, GLP 2). Der bisherige FDP-Regierungsrat Christian Rathgeb ist einer von fünf Regierungsrä-

ten. Er kandidiert für eine weitere Legislatur.

Graubünden ist einer der Majorz-kantone. Das heisst, dass der Grosse Rat alle vier Jahre und innerhalb von 39 Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlverfahren gewählt wird. Der Wahlkampf findet in den drei Kantons-sprachen Deutsch, Italienisch und Romanisch statt, wobei es bei der romanischen Sprache fünf verschiedene Idiome, eine Art Dialekt, gibt. Die FDP ist in zahlreichen Kreisen gut vertreten. Dies dank gezielter Arbeit an der Basis und dank starker Persönlichkeiten.

Obwalden



**Jonas Reif, Geschäftsführer
FDP.Die Liberalen Obwalden**

Während der letzten 12 Jahre hat die FDP in Obwalden laufend an Parteistärke verloren, was sich jedoch nicht auf die Sitze im Parlament auswirkte. Wir dürfen im Parlament konstant 10 Sitze (von 55) besetzen, dies obwohl der Wähleranteil von 20,9 auf 17 Prozent gesunken ist.

Unser Ziel ist es, die kantonale Parteistärke wieder auf 20 Prozent zu erhöhen und damit verbunden einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen. Mit zwei Regierungsratssitzen hat die FDP über mehrere Legislaturperioden massgebend die Exekutivarbeit mitgeprägt (bspw. erfolgreiche Steuerstrategie).

Leider haben wir bei der letzten Ersatzwahl auf eine Regierungsratskandidatur verzichten müssen. Inwiefern es bei der kommenden Gesamterneuerungswahl unsere Strategie sein wird, den zweiten Sitz zurückzuerobern, werden wir in den kommenden Wochen festlegen.

In einem kleinen Kanton wie Obwalden werden vornehmlich Personen und nicht Parteien gewählt, entsprechend müssen wir aufgrund der Kandidatenpotenziale die Parteistategie definieren. Unser primäres Ziel ist es, in Obwalden sowohl in der Exekutive wie in der Legislative eine auf Eigenverantwortung basierende bürgerliche Politik weiter zu stärken.

Motion: Auslandschweizer und Bankkonto

Die 5. Schweiz – und ihr Bankkonto

Die Fünfte Schweiz stimmt progressiv und liberal. Beim Bankkonto drückt jedoch seit längerem der Schuh. Es bedarf einer Lösung mit liberalem Augenmass, welche aber der internationalen Mobilität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger Rechnung trägt.

**Laurent Wehrli, Nationalrat VD,
und Roger Kölbener,
Präsident der FDP International**

Jeder zehnte Schweizer lebt im Ausland. Bildete diese sogenannte Fünfte Schweiz einen eigenen Stand, so wäre sie der drittbevölkerungsreichste Kanton, hinter Zürich und Bern und gleichauf mit der Waadt. Eine spezifische Vertretung ihrer Bürgerinnen und Bürger im Ausland, wie dies Frankreich oder Italien kennen, sieht die föderale Ordnung der Schweiz nicht vor. Der Bund garantiert jedoch die politischen Rechte bei nationalen Abstimmungen und Nationalratswahlen. Abgestimmt wird dann in der letzten Wohnsitzgemeinde. Im Schnitt stimmt die Fünfte Schweiz übrigens für mehr aussenpolitische Öffnung und eine weniger restriktive Migrationspolitik als ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger im Inland. Sie stimmt aber auch in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen klar liberaler. Die FDP hat also durchaus das politische Angebot, um auch in der Fünften Schweiz zu punkten.

Das Bankkonto

Trotzdem gibt es politische Themata, welche die Fünfte Schweiz besonders beschäftigen. Neben der Forderung nach E-Voting, welches gerade die oft unzuverlässige briefliche Stimmabgabe aus dem Ausland vereinfachen soll, betrifft dies vor allem eines: Das Bankkonto in der Schweiz. Im Zuge der Finanzkrise wurde es für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zunehmend schwierig, in der Schweiz ein Konto zu führen. Berechtigte Massnahmen gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung in verschiedenen Ländern, oft gepaart mit regulatorischem Übereifer, veranlassen hiesige Banken, ihre Kundenbeziehungen ins Ausland zu künden, deren Kosten massiv zu erhöhen oder



Laurent Wehrli



Roger Kölbener

sie unattraktiv zu machen. Die Postfinance beispielsweise kündete ihren Kunden im Ausland abrupt das Kreditkartenangebot.

Ein Bankkonto in der Schweiz ist jedoch aus verschiedenen Gründen wichtig. Sei dies zur Auszahlung der Rente (die AHV kann nicht in alle Länder ausbezahlt werden), der Vorsorge in der 3. Säule, dem Abschluss einer Krankenversicherung, der Verwaltung von Immobilien oder einfach für das Einrichten des Sparkontos für das Einzelkind in der Schweiz. Entgegen dem gängigen Klischee verweilen viele Auslandschweizer zudem berufsbedingt und für eine absehbare Zeit im Ausland. In Zeiten internationaler Mobilität wird das Bankkonto in der Schweiz damit zum ökonomischen Grundpfeiler der eigenen Biografie.

Postfinance in die Pflicht nehmen

Diese Sorgen der Fünften Schweiz

blieben im Parlament nicht ungehört. Leider schossen politische Vorstösse anderer Parteien in dieser Sache oft über das Ziel hinaus, indem sie den berechtigten Anliegen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Ausland die Wirtschaftsfreiheit im Inland opfern wollten. Ansätze, welche private Banken generell zu einer Kundenbeziehung auf dem ganzen Globus – und zur Übernahme der damit verbundenen Risiken – zwingen, stellen keine liberale Lösung des Problems dar.

Einen anderen Ansatz verfolgt nun eine im Nationalrat auf Vorschlag und mit Unterstützung der FDP bereits angenommene Motion der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates. Sie verlangt von der im Eigentum des Bundes stehenden Post, dass «Auslandschweizerinnen und -schweizer zu ähnlichen Konditionen wie in der Schweiz Zugang zu den

Dienstleistungen von Postfinance, einschliesslich des Kreditkartenangebots», erhalten.

Die Postfinance hat bereits heute die Pflicht, die Grundversorgung im Inland sicherzustellen. Es handelt sich bei der Forderung also nicht um ein Privileg der Fünften Schweiz, sondern um die Beseitigung einer Diskriminierung. Wichtig ist auch, dass die Vorgabe Spielraum in der Anwendung zulässt. Einerseits sind Ausnahmen für sanktionierte Länder wie Nordkorea notwendig und möglich. Andererseits ist es durchaus verständlich, dass die Bank für eine Kundenbeziehung ins Ausland höhere Gebühren für anfallende Kosten verrechnet. Nur sollen diese nicht ein Vielfaches des Angebotes in der Schweiz betragen dürfen. Eine fortschrittliche Schweiz tut gut daran, ihre Erfolgsrezepte mit liberalem Kompass den Anforderungen internationaler Mobilität anzupassen.

Jahresrückblick 2017

Erfolgreiche Vernetzung und öffentliche Auftritte für Radigal

Radigal hat sich dieses Jahr erstmals öffentlich als LGBTI-Fachgruppe der FDP gezeigt und an mehreren Events teilgenommen. Auch intern ist einiges passiert: Der Vorstand wurde verstärkt, es wurde fleissig genetzt und die Expansion in die Westschweiz anvisiert.

Raphael Scherer, Vorstandsmitglied Radigal

Das Jahr 2017 stand für Radigal ganz im Zeichen der Vernetzung. Angefangen hat es mit der Generalversammlung im März, wo Mentari Baumann neu in den Vorstand gewählt wurde. Sie ist die erste Frau in diesem Amt und wird unter anderem mit ihren breiten Kontakten die Zusammenarbeit von Radigal bereichern. Das zeigte sich bereits wenig später bei ihrem Auftritt an der Versammlung der FDP.Die Liberalen Frauen, wo sie Radigal als Organisation vorstellte. Beide Seiten sind sich über die Wichtigkeit eines fortwährenden Austausches einig und freuen sich sehr auf eine künftige Zusammenarbeit.

Teilnahme an Zurich Pride

Im Mai stand dann der erste öffentliche Auftritt für Radigal an: Bei schönstem Wetter marschierten Mitglieder und Vorstand an der Zurich Pride mit. Unter dem Motto «No Fear to be you – Sicherheit für LGBT-Flüchtlinge» demonstrierten auf dem Höhepunkt der Zurich Pride Week fast 20 000 Menschen, und am grössten derartigen Anlass der Schweiz durfte die offizielle LGBTI-Organisation der FDP freilich nicht fehlen. Auch viele andere Parteien entsenden jeweils ihre entsprechenden Sektionen, und neben Festrednerin Christa Markwalder war die FDP so gleich zwei Mal an diesem publikumswirksamen Anlass vertreten. Fotos vom Event können übrigens auf der Facebook-Seite von Radigal gefunden werden, ebenso wie aktuelle Informationen zu Veranstaltungen von Radigal und relevanten Ereignissen rund um die LGBTI-Community.

Die Zurich Pride ist nicht die ein-



Raphael Scherer

zige Veranstaltung ihrer Art in der Schweiz, so dass es Radigal natürlich nicht bei einem Auftritt bleiben liess: Die Pride Ouest in Bern war der nächste Ort, wo wir mitmarschierten. Bei schönstem Wetter feierte im August eine grosse Gemeinschaft Diversity, und auch vonseiten Radigal gingen mehr als 20 Personen auf die Strasse,

um für Gleichberechtigung und Toleranz zu demonstrieren. Mit dabei war auch das neu designte Logo von Radigal. Es hebt sich ästhetisch von der FDP ab, bleibt aber der Parteifarbe Blau treu und trägt den Slogan von Radigal: «Be tolerant. Think liberal.» Gestaltet wurde es von Mitglied Michael de Silva aus Luzern. Auch von

diesem Event können Bilder auf Facebook gefunden werden.

Neue Sektion Romandie

An all diesen externen Auftritten hat sich Radigal erstmals in so hoher Kadenz in der Öffentlichkeit gezeigt als eigenständige Organisation innerhalb der FDP. Zur gleichen Zeit hat sich jedoch auch intern einiges getan. Stand das Jahr 2016 noch im Zeichen der Neuorganisation, lag dieses Jahr der Fokus auf Verstärkung und Vernetzung. Wie schon erwähnt, wurde mit Mentari Baumann die erste Frau in den Vorstand gewählt – Radigal versteht sich explizit als eine Organisation, die sich für die ganze LGBTI-Gemeinschaft einsetzt, nicht nur für die Rechte von Schwulen. Da nach der letztjährigen Verjüngung die Jungfreisinnigen Schweiz stark im Vorstand vertreten sind, ist als ein nächster Schritt geplant, Radigal offiziell als LGBTI-Organisation der Jungfreisinnigen zu etablieren. Bereits der Fall ist dies ja schon mit der FDP Schweiz. Daneben wurde mit der Planung für eine Westschweizer Sektion begonnen, um auch diese Region einzubinden. Die offizielle Gründung der Sektion Romandie wird im ersten Quartal 2018 stattfinden, weitere Informationen werden folgen.

Das ereignisreiche Jahr 2017 fand schliesslich seinen Abschluss im traditionellen Social Event im September, wo in gemütlichem Beisammensein bei Speis und Trank das Jahr besprochen und die Gemeinschaft gepflegt wurde. Man darf gespannt sein, was nach dieser ereignisreichen Zeit das nächste Jahr bringt. Radigal ist nach erfolgreicher Neuorganisation im 2016 und Expansion und Vernetzung im 2017 bereit.

Geldspielgesetz

Nein zu digitaler Abschottung – Nein zum protektionistischen Geldspielgesetz!

Im Oktober 2017 hat der Jungfreisinn gemeinsam mit anderen Jungparteien das Referendum gegen das Geldspielgesetz ergriffen. Das Schweizer Stimmvolk soll darüber abstimmen, wie wir mit international vernetzten, digitalen Märkten in Zukunft umgehen wollen: Selbstbewusst und offen oder protektionistisch und abschottend.

Andri Silberschmidt,
Präsident Jungfreisinnige
Schweiz

Das Parlament hat am 29. September 2017 das neue Geldspielgesetz verabschiedet, das den einheimischen Casinos ein Monopol auf ihr Online-Angebot einräumt. Alle ausländischen Unternehmen der gleichen Branche, notabene auch solche, die in anderen europäischen Ländern erfolgreich reguliert und besteuert werden, sollen vom Schweizer Markt mittels sogenannter Netzsperrern ferngehalten werden. Es ist mir kein Gesetz bekannt, in dem sich eine Branche so einseitig Privilegien verschaffen konnte, sich derart starken gesetzlichen Flankenschutz organisierte wie die Casino-Lobby im vorliegenden Fall.

Schleichender Protektionismus

Was ist das Ergebnis solcher Politik? Es ist fehlender Wettbewerb, Verlust an Angebotsvielfalt, Schwarzmarkt und im Falle des Glücksspiels besonders wichtig: Weniger Einnahmen für den Staat und damit auch weniger Mittel für die AHV. Insbesondere in diesem Punkt dürfen wir Liberale uns nicht täuschen lassen: Es sind die wettbewerbsmäßig organisierten Märkte – in denen sich die innovativsten Anbieter mit ihrem Angebot durchsetzen – die am meisten Ertrag und damit Steuersubstrat generieren. Nicht die monopolistischen.

Dieser schleichenden protektionistischen Entwicklung in der digitalen Wirtschaft wollen wir entgegenwirken. Statt mit Beschränkung und Beschneidungen sollten wir mit mehr Freiheit auf die Chancen der Digitali-



Andri Silberschmidt

sierung reagieren. Die Schweiz gehört zu den innovativsten Volkswirtschaften überhaupt, unsere Hochschulen gehören zu den besten der Welt, hier

bauen Jungunternehmer den digitalen Finanzplatz der Zukunft. Und es fällt uns tatsächlich nichts Besseres ein, als der heimischen Casino-Lobby mittels

Netzsperrern unliebsame Konkurrenten aus dem Weg zu räumen? Das muss nicht sein. Die liberale, intelligente Alternative liegt auf der Hand: Nämlich jene Anbieter zu konzessionieren, welche unsere Auflagen erfüllen. Unabhängig davon, ob sie aus dem Ausland kommen oder nicht. So machen das die allermeisten europäischen Länder, und sie haben Erfolg damit. Das schafft Wettbewerb und Angebotsvielfalt, und es verhindert das Entstehen eines grossen Schwarzmarktes. Statt Netzsperrern käme schliesslich das Modell der Rechtskommission des Nationalrates zum Zug. Es sieht vor, unbewilligte Angebote per Strafrecht zu verfolgen und zu ahnden.

Lotterien nicht betroffen

Viele Politiker, die ich mit diesen Argumenten konfrontiere, geben zu, dass es ihnen primär um den Schutz der heimischen Lotterie geht. Ich kann dies nachvollziehen, stellt der Lotteriefonds in vielen Kantonen doch ein beträchtliches Budget zur Verfügung. Doch darum geht es in der Debatte nicht. Von einem liberalen Konzessionsmodell für Online-Casinos sind Lotterien nämlich gar nicht betroffen. Kein Sportverband würde auch nur einen Franken weniger aus dem Lotteriefonds erhalten.

Unsere Mission ist die Verteidigung eines offenen Internets als globaler Marktplatz, in dem verschiedene Akteure zu gleichen Spielregeln ihre Dienste anbieten können. Scheitern wir, ist dem Protektionismus Tür und Tor geöffnet. Digitale Wirtschaft findet dann woanders statt. Dagegen wehren wir uns.

Geldspielgesetz

Das Geldspielgesetz – Worum geht es wirklich?

Mit dem neuen Geldspielgesetz wird der Verfassungsartikel über Geldspiele umgesetzt, den das Stimmvolk im März 2012 mit grosser Mehrheit angenommen hat. Der Handlungsbedarf ist gross, denn das schweizerische Geld- und Glücksspielrecht beruht inzwischen auf überalterten Rechtsgrundlagen. Deshalb hat sich das Parlament dieser Aufgabe angenommen und das Geldspielgesetz revidiert.

Charly Freitag,
Kantonsrat FDP.Die Liberalen LU

Seit dem Volksentscheid von 2012 hat sich einiges getan, sodass das Geld- und Glücksspielrecht in der Schweiz inzwischen überholt ist. Die technischen Realitäten haben sich verändert, und die Rechtsetzung wird den heutigen Bedürfnissen nicht mehr gerecht. Um die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Geldspiele besser handhaben zu können, hat das Parlament das Geldspielgesetz deshalb revidiert.

Missbrauchspotenzial ist gross

Die Reform des Geldspielgesetzes findet nicht im luftleeren und rechtsfreien Raum respektive in einer perfekten, friedlichen Welt statt. Vielmehr gibt es Organisationen, welche die Voraussetzungen unserer Verfassung nicht respektieren und diese umgehen wollen.



Charly Freitag

Diesen Machenschaften will die Schweiz einen Riegel schieben, indem sie den Zugang zu Geldspielen im Internet definiert und den Zugang nur

für jene Organisationen zulässt, die auch haftbar gemacht werden können.

Bevölkerung will klare Spielregeln

Auch gibt es Vorgaben, die die Schweizer Bevölkerung mittels Volksentscheid gesetzt hat, beispielsweise, dass sie Regeln zur Bekämpfung von Spielsucht und Geldwäscherei will. Zudem will der Souverän, dass Minderjährige Online-Spiele nicht nutzen dürfen und so besser geschützt werden sollen.

Diese Bedürfnisse werden in einem Gesetz vereint und gelten als Spielregeln für alle Anbieter, an die sie sich halten müssen. Wer diese Spielregeln nicht befolgen will, hat auf dem Spielfeld, also dem Markt, nichts verloren.

Liberalismus hört auf, wo Illegalität beginnt

Dabei geht es nicht darum, die «unliebsame Konkurrenz» mittels einer Sperre vom Markt fernzuhalten, wie die Referendumsführer gerne vorgeben. Es geht vielmehr darum, zweifelhafte und nicht haftbare Offshore-Online-Geldspielanbieter nicht zum Spiel zuzulassen, wenn sie nicht bereit sind, sich an die Spielregeln unserer Verfassung zu halten – der Liberalismus hört dort auf, wo Illegalität und Korruption beginnen.

An technische Realität anpassen

Diesen Überlegungen trägt das Geldspielgesetz

Rechnung. Es handelt sich damit um eine ausgewogene Vorlage, welche das Geldspiel in einem vernünftigen Gesetz regelt, sich an die technologischen Entwicklungen anpasst und den Schutz gegen Geldspielsucht ernst nimmt. Fragwürdigen Anbietern, welche ihren Sitz irgendwo auf einer Insel haben und deshalb für ihre Machenschaften nicht haftbar gemacht werden können, wird ein Riegel geschoben.

Das Geldspielgesetz in Kürze

- Im Geldspielgesetz werden das bisherige Spielbankengesetz und das Lotteriegelgesetz zusammengeführt. Damit wird der Verfassungsartikel über die Geldspiele umgesetzt, den Volk und Stände am 11. März 2012 mit 87 Prozent angenommen haben.

- Erträge aus den Geldspielen sollen wie bisher der AHV und IV sowie gemeinnützigen Zwecken zugutekommen.

- Die Vorlage berücksichtigt die gesellschaftlichen sowie technologischen Entwicklungen hinsichtlich der Geldspiele und deren Nutzung.

- Schweizer Casinos können künftig Geldspiele auch im Internet anbieten.

- Kleine Pokerturniere ausserhalb von Casinos sind – mit Bewilligung – neu erlaubt.

- Die Revision bezweckt den verstärkten Schutz vor Geldspielsucht.

Standorte der illegalen Online-Geldspielanbieter



Pour un tourisme suisse compétitif

De bonnes impulsions par de bons moyens

Le secteur touristique suisse – ou secteur de l'industrie de l'accueil comme on devrait l'appeler – doit faire face à de nombreux et importants défis: forte concurrence internationale, forte pression sur les prix, changements structurels, etc. Le PLR reste néanmoins convaincu que le tourisme suisse dispose de stratégies gagnantes, basées sur la qualité et l'innovation. Cela passe notamment par une amélioration des conditions-cadres libérales et non par un arrosoir de subventions.

Laurent Wehrli,
Conseiller national VD

Avec des recettes totales à hauteur de 16 milliards de francs, le tourisme est l'une des branches les plus importantes de l'économie suisse. Ces dernières années, cette industrie de l'accueil fait cependant face à de nombreux et importants défis: forte concurrence internationale avec notamment le développement des vols low costs et autres facilités de transport réalisés; forte pression sur les prix, en particulier après l'abandon du taux plancher avec l'Euro, qui a eu pour double conséquence de renchérir les vacances en Suisse pour les habitants de la zone Euro et de diminuer les coûts dans cette zone pour les touristes suisses; forts changements structurels que ce soit avec les évolutions de la demande, spécialement la diminution du nombre de nuitées par séjour ou les attentats qui par exemple ont influencé les touristes chinois à ne pas visiter l'Europe en 2016.

Qualité et innovation

Face à cela, le PLR est convaincu que ce n'est pas en arrosant de subventions qu'un tel secteur économique peut faire face à ce type de défis, mais bien plutôt en misant sur la qualité de l'offre, le développement continu d'innovations et la réalisation de conditions-cadres indispensables. Dans ce cadre, le PLR Suisse a adopté à l'unanimité le 21 octobre 2017 une résolution mettant en avant les priorités suivantes:

- Mettre en place une stratégie de qualité et d'innovation cohérente dans le tourisme, ainsi que développer une communication actualisée, en pleine collaboration avec toutes les entités ac-



Laurent Wehrli

tives en matière de communication et de promotion internationale de la Suisse.

- Renforcer l'image du tourisme en tant que marché du travail attractif, afin que les habitants de notre pays retrouvent le goût de s'engager dans ces métiers, devenant ainsi non seulement des acteurs de service mais les meilleurs ambassadeurs de l'accueil suisse.

- Faire baisser les prix en supprimant les obstacles au commerce et en incitant aux regroupements utiles des entités touristiques, afin d'atteindre les masses critiques nécessaires.

- Poursuivre la réduction des procédures administratives et diminuer les réglementations étatiques, par exemple aussi par la mise à disposition

de nouveaux outils d'e-administration.

- Renforcer les infrastructures en particulier en matière de transport, d'énergie et de communication (haut-débit notamment), un effort spécial doit être planifié pour les zones périphériques et pourtant au fort potentiel touristique comme les Alpes.

- Eviter de nouvelles interventions bloquantes dans l'aménagement du territoire, comme le durcissement de la Lex Koller ou les interdictions de transformer des fermes pour en accroître les capacités d'accueil, pourtant source de revenus complémentaires indispensables dans certaines zones.

- Favoriser une politique climatique durable et adaptée dans sa mise en œuvre, sachant certes combien les changements ressentis ces derniers temps ont des influences sur certains domaines du tourisme suisse, comme le tourisme hivernal.

Moins de subventions, plus de collaboration

Secteur important de l'économie de notre pays et de l'ensemble de nos cantons, l'industrie de l'accueil représente par ailleurs un employeur parmi les plus importants. Cela démontre combien la politique doit y être attentive, comme le PLR le démontre clairement. Mais pas avec des subventions arrosoirs ou des réglementations supplémentaires. Non! Mais avec de bonnes impulsions, avec de bons moyens, en pleine collaboration entre acteurs responsables de leurs entreprises et autorités conscientes du développement indispensable de ce secteur économique faisant partie de l'ADN de la Suisse, à l'évidence pays touristique à la longue histoire.

Wählerkommunikation

Politinder – Wie kriege ich einen Match mit meinen Wählern?

Immer mehr Menschen finden ihre Partner über soziale Medien oder Online-Datingplattformen, die in der Kommunikation und den zwischenmenschlichen Beziehungen einen immer grösseren Stellenwert einnehmen. Diesem Trend können sich auch Politikerinnen und Politiker nicht entziehen und die Arbeit mit sozialen Medien ist speziell im Wahlkampf empfehlenswert.

**Florian Ulrich, Kommunikationsverantwortlicher
Wahlkampfteam Kt. LU
mail@florian-ulrich.ch**

Politinder – also die Wortkreation aus Politik und Tinder – wurde als Titel gewählt, da interessante Parallelen zwischen dem Streben von Politiker/-innen nach Unterstützung durch die Wähler und der Online-Partnersuche bestehen. Tinder ist eine von diversen Online-Plattformen für die Partnersuche. Auf der Basis eines Profilfotos und einigen wenigen Angaben zur Person entscheiden die Suchenden sehr schnell, ob ihnen das Gegenüber gefällt (Like) oder nicht (Nope). Wenn beide Personen sich geliebt haben, entsteht ein «Match», und man kann sich Nachrichten schreiben. Und genau dieses gegenseitige Interesse ist für einen Politiker matchentscheidend.

Wer mit seinen Wählern kommunizieren möchte, muss zuerst wissen, mit welchen Kommunikationskanälen er sie erreichen kann. Ein ausgedruckter Flyer etwa kann jedem Haushalt in den Briefkasten gelegt werden. Bei sozialen Medien wie Facebook oder Twitter ist die Reichweite kleiner, dafür wird mehr Zeit auf diesen Plattformen verbracht.

Direkter Kontakt mit Wählern

Soziale Medien sind in der Schweiz im Wahlkampf ab 2008 vermehrt eingesetzt worden und spielen eine immer wichtigere Rolle. Der vermutlich aktivste Politiker ist US-Präsident Donald Trump, der mit seinem Twitter-Account immer mehr Personen direkt erreicht. Und genau darin liegt



Florian Ulrich

ein grosser Vorteil. Es ist möglich, direkt in Kontakt mit dem Wähler zu treten, die Medienvertreter zu umgehen, sowie die Inhalte kostenlos und schnell zu verbreiten. Im Gegenzug kann jedoch nicht auf die hohe Anzahl Leser der Medien zurückgegriffen werden, und die Eigendynamik ist nicht zu unterschätzen (z. B. Shitstorm).

Je nach Alter, Interesse und gewünschtem Verwendungszweck bieten sich unterschiedliche soziale Medien als Kommunikationsplattform an. Bei allen stellt sich jedoch die Frage, wie möglichst viele Nutzer erreicht wer-

den können. Oder eben, wie ich als Politiker einen Match mit meinem Wähler kriege. Denn wenn ich es schaffe, dem Wähler zu gefallen (Like), bin ich ihm positiv aufgefallen, und er ist grundsätzlich an einer Kommunikation interessiert. Doch wir alle wissen, dass der erste Eindruck – auch online – schnell gemacht ist.

Erster Eindruck zählt

Um auf Tinder einen guten ersten Eindruck hinterlassen zu können, gibt es unzählige Ratgeber. Es wird aufgezeigt, wie man das Profil gestalten soll, damit die Chance für einen Match steigen. Interessanterweise können diese Tipps sehr gut auf den Auftritt von Politiker/-innen übertragen werden. Z. B. wird empfohlen:

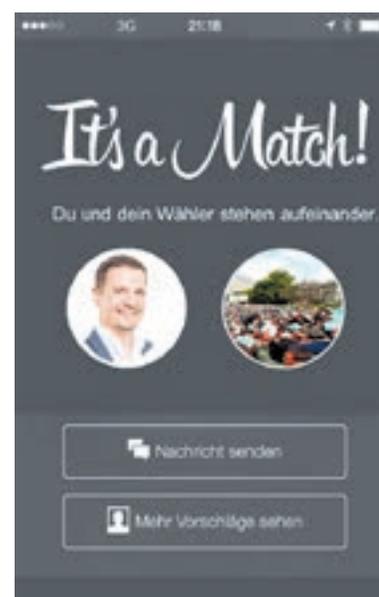
- Ein gutes Profilfoto zu verwenden
- Informationen preisgeben und über den persönlichen Hintergrund schreiben
- Meinungen und Erwartungen aufzeigen, um das Profil zu schärfen

- Ehrlich sein, da sonst die Erwartungen nicht erfüllt werden können
- Und auch Humor hat seinen Platz.

Match: Erst die halbe Miete

Die Befolgung dieser Punkte ist noch lange kein Garant für viele Matches. Jedoch hilft es bei der Gestaltung eines ansprechenden Auftritts und für einen guten ersten Eindruck.

Aber ich muss Sie warnen: Wenn die gewünschten Matches da sind, ist die Arbeit noch lange nicht getan. Denn dann haben Sie erst den Kontakt



hergestellt und den Online-Kommunikationskanal zu den Wählern geöffnet. Nun gilt es, interessante und ansprechende Inhalte zu vermitteln und die geschürten Erwartungen zu erfüllen. Ansonsten wird durch den Wähler der «Match» wieder aufgelöst (ja, auch das ist sehr schnell möglich), und die Suche beginnt von Neuem.

Das neu aufgegleiste Mentoring-Programm der FDP bietet ausgewählten Personen die Möglichkeit, sich auf ein politisches Mandat vorzubereiten und sich breit zu vernetzen. Damit Sie unsere Mastermentees kennenlernen können, schreiben diese nacheinander einen Artikel pro «Freisinn»-Ausgabe. Die Mentees erhalten damit die Gelegenheit, ihren Bekanntheitskreis zu vergrössern und können mit dem Text aufzeigen, wofür sie eintreten.

FDP verabschiedet Tourismus-Resolution

Für einen wettbewerbsfähigen Schweizer Tourismus

An der letzten Delegiertenversammlung des Jahres in Engelberg verabschiedeten die Delegierten ihren Bundesrat Didier Burkhalter und genehmigten die neue Tourismus-Resolution der FDP.

Stefan Bosshard, Präsident FDP.Die Liberalen Nidwalden, und Alex Höchli, Talamann der Gemeinde Engelberg, begrüßten die Anwesenden, unter denen – das gab es seit langem nicht mehr – gleich drei FDP-Bundesräte sass: Neben Johann Schneider-Ammann und dem abtretenden Didier Burkhalter war auch der frischgewählte Aussenminister Ignazio Cassis anwesend. Didier Burkhalter mahnte denn auch an, sich – bei allem Erfolg – noch nicht zu sehr an dieses Bild zu gewöhnen.

Ein Schmiedehammer für Ignazio Cassis

Für Didier Burkhalter war es die letzte Delegiertenversammlung als amtierender Bundesrat. Mit stehenden Ovationen bedankten und verabschiedeten die Delegierten Didier Burkhalter, der nach 30 Jahren im unermüdlichen Einsatz für unser Land ein neues Kapitel in seinem Leben aufschlägt. Des Weiteren präsentierte Bundesrat Johann



Didier und Friedrun Burkhalter werden unter tosendem Applaus verabschiedet.



Stefan Bosshard, Präsident FDP.Die Liberalen Nidwalden, begrüßt die Delegierten.

Schneider-Ammann die aktuellen Arbeiten des Wirtschaftsdepartements zu den neuen Tourismusstrategien des Bundes, bevor die Delegierten die neue Tourismus-Resolution der FDP verabschiedeten. Vorangegangen war eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Nationalrat Christian Wasserfallen.

Parteipräsidentin Petra Gössi ihrerseits liess zur Legislaturmitte die bisherigen Erfolge der FDP Revue passieren und übergab dem neuen FDP-Bundesrat Ignazio Cassis ein symbolisches Antrittsgeschenk: Mit einem Schmiedehammer wird er bestens gerüstet sein, um – wie er es in seiner Antrittsrede angekündigt hatte – den nationalen Zusammenhalt zu stärken.

Neben den guten Resultaten bei kantonalen Wahlen hat die FDP auch

bei den Volksabstimmungen in dieser Legislatur sehr gut abgeschnitten. Keine andere Partei konnte so erfolgreich jeweils eine Mehrheit der Stimmbevölkerung überzeugen. Parteipräsidentin Petra Gössi sprach daher allen Beteiligten ein grosses Dankeschön aus.

Tosender Beifall für Bundesrat Didier Burkhalter

Nach 30 Jahren Politik, davon 8 Jahren im Bundesrat, hat Bundesrat Didier Burkhalter seine politische Karriere am 31. Oktober beendet. Die Schweiz verliert damit einen grossen Staatsmann: Einen Aussenminister, welcher nicht nur durch seine politischen Qualitäten brillierte, sondern es auch schaffte, dabei immer herzlich und menschlich zu bleiben. Didier Burkhalter hat sich stets durch seine grosse



Parteipräsidentin Petra Gössi überreichte Ignazio Cassis einen Schmiedehammer.

Kompetenz ausgezeichnet, seinen Respekt gegenüber den Institutionen unseres Landes und seinen Einsatz für das Gemeinwohl. In seiner Zeit als Bundesrat war er ein exzellenter Vertreter schweizerischer und liberaler Werte – weniger reden, mehr anpacken. Die FDP würdigte ihren Aussenminister: «Wir wünschen Deiner Familie und Dir nur das Beste und hoffen, dass wir Dich weiterhin als unseren liberalen Leuchtturm betrachten dürfen. Wir sind stolz und dankbar für Deine ausgezeichnete Arbeit!» Petra Gössi überreichte Didier Burkhalter ein Bild des Monte-Rosa-Massivs mit dem zweithöchsten Schweizer Berg, der Dunantspitze, für dessen Umbenennung Didier Burkhalter 2014 die Idee hatte. Zudem wurde eine Spende in seinem Namen bei der Stiftung Theodora in Auftrag gegeben.

Tourismus: Qualität und Innovation statt Subventionen

In seiner Rede unterstrich Bundesrat Schneider-Ammann, dass die FDP und der Bund in der Tourismuspolitik die gleichen Ziele verfolgen: «Wir verbessern die Rahmenbedingungen, fördern das Unternehmertum und nutzen die Digitalisierung, um den Tourismusstandort Schweiz zu stärken. Das schafft Arbeitsplätze und Wohlstand.» Die FDP ist überzeugt, dass der Schweizer Tourismus durch die Zusammenarbeit aller touristischen Organisationen und eine konsequente Qualitäts- und Innovationsstrategie im Wettbewerb bestehen kann. Um die Erreichbarkeit des gesamten Landes zu verbessern, müssen die Infrastrukturen speziell in Randgebieten gestärkt werden. Schliesslich fordert die FDP, dass weitere unnötige Eingriffe in die



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion zum Thema Tourismus (von links): Ständerat Hans Wicki, Jean-Daniel Clivaz, Daniel Müller-Jentsch, Nationalrat Christian Wasserfallen, Brigitte Küng und Vincenzo Pedrazzini.

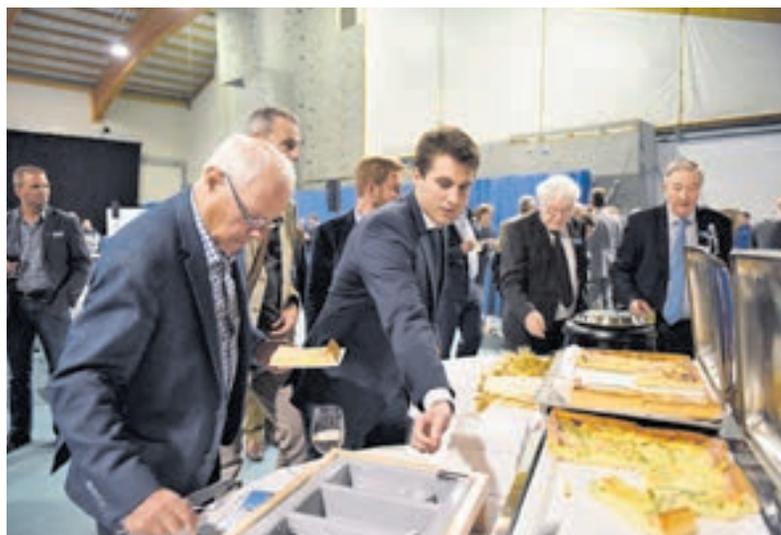


Bundesrat Johann Schneider-Ammann möchte den Tourismusstandort Schweiz stärken.

Raumplanung unterlassen werden und eine wirtschaftsfreundliche, nachhaltige Klimapolitik angestrebt wird. Diese Punkte sind in der FDP-Tourismus-Resolution aufgearbeitet, welche die Delegierten einstimmig verabschiedeten.



Einstimmig verabschieden die Delegierten die Tourismus-Resolution.



Auch für das leibliche Wohl wurde bestens gesorgt.

Schwerpunkt: Cyber Security

Souveräne Schweiz im globalen Cyber-Raum

Am 19. September 2017 hat der Ständerat mit überwältigendem Mehr (41:4) meine Motion 17.3508 (Schaffung eines Cyber-Security-Kompetenzzentrums auf Stufe Bund) angenommen, und zwar gegen den Widerstand des Bundesrates.

Joachim Eder,
Ständerat ZG

Mit dem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, im Zusammenhang mit der laufenden Überarbeitung der nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) ein Cyber-Security-Kompetenzzentrum auf Stufe Bund zu schaffen und dafür die notwendigen Massnahmen einzuleiten. Diese Organisationseinheit hat die Aufgabe, die zur Sicherstellung der Cyber Security notwendigen Kompetenzen zu stärken und bundesweit zu koordinieren. Das Kompetenzzentrum soll departementsübergreifend wirksam sein und mit der Wissenschaft (Hochschulen, Fachhochschulen), der IT-Industrie und den grösseren Infrastrukturbetreibern (insbesondere Energie, Verkehr) zusammenarbeiten.

Handlungsbedarf unbestritten

Unbestritten ist, dass es in der Bundesverwaltung viele gute Ansätze gibt, dass eifrig und nach bestem Willen gearbeitet wird, dass diverse Workshops und Veranstaltungen stattfinden. Solche Foren sind gut und recht, aber sie reichen nicht, wenn man die grosse kriminelle Energie der potenziellen Angreifer in Betracht zieht. Der Handlungsbedarf ist unbestritten: Es ist eine der Uraufgaben des Staates, sich für die Sicherheit unserer Bevölkerung einzusetzen. Dass die Cyber-Bekämpfung enorm wichtig ist, unterstreicht auch der kürzliche Angriff auf zwei Departemente in aller Deutlichkeit. Unser Land ist verwundbar; die Bedrohungslage hat sich in letzter Zeit nicht nur deutlich verändert, sondern auch intensiviert.

Drei grosse Defizite

Aus Sicht eines Verantwortlichen, der in der Bundesverwaltung mit seinen Leuten bereits jetzt gegen die zahlrei-

chen und hochprofessionellen Cyber-Attacken kämpft, gibt es heute drei grosse Defizite:

1. Der Bund hat zu viele Koordinatoren und zu wenig Spezialisten, die wirklich etwas von der Sache verstehen.

2. Die Cyber-Angriffe nehmen immer mehr zu, aber die Departemente haben noch keine Routine im Umgang damit, das heisst, es wird deshalb noch zu viel improvisiert.

3. Das Thema «Cyber» hat beim Bund kein «Gesicht», und das ist schlecht, auch für die Öffentlichkeit.

In der Antwort des Bundesrates auf meine Motion wird MELANI kurzerhand als nationales Cyber-Kompetenzzentrum bezeichnet. Nichts gegen MELANI, diese Melde- und Analysestelle und die Personen, die dort arbeiten. Sie machen einen guten Job. Aber als eigentliches Cyber-Kompetenzzentrum des Bundes wurde MELANI bisher nicht wahrgenommen. In der 45-seitigen, noch gültigen Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken 2012–2017, die 16 konkrete Massnahmen entlang von sieben Handlungsfeldern vorschlägt, kommt das Wort Cyber-Kompetenzzentrum nicht einmal vor, geschweige denn im Zusammenhang mit MELANI.

Proaktiv, nicht nur reaktiv

ETH-Professoren, die in der Vergangenheit von verschiedenen Bundesstellen in beratender Funktion zu Themen rund um die Cyber-Sicherheit beigezogen wurden und somit die Strukturen in Bundesbern kennen, hielten mir gegenüber Folgendes fest: «Das Thema Cyber Security verlangt zwangsläufig die Konsolidierung von zwei komplementären Betrachtungen: Rückblickend (reaktiv) und vorausschauend (proaktiv). Rückblickende Aspekte umfassen die Feststellung



Joachim Eder und Josef Dittli

und systematische Erfassung von erfolgten Angriffen und bekannten Sicherheitslücken sowie die Definition von Massnahmen. Vorausschauende Aspekte sind die systematische Erforschung von Sicherheitsrisiken, die Bereitstellung von Methoden für die Konstruktion sicherer Systeme, die Erforschung der Sicherheitstechnologie sowie die Bereitstellung eines umfassenden Aus- und Weiterbildungsangebots in all diesen Bereichen.»

Bundespräsidentin Doris Leuthard hat im Ständerat am 7. Juni 2017 anlässlich der Beratung des Geschäfts-

berichtes des Bundesrates in aller Offenheit betont, dass das Thema Cyber-Sicherheit «vielleicht eine Zeitlang unterschätzt oder nicht auf Stufe Gesamtbundesrat eingehend diskutiert wurde».

Mit der Umsetzung meiner Motion hat der Bundesrat nun die Gelegenheit, diesen Fehler gutzumachen. Voraussetzung ist, dass der Nationalrat in der Wintersession dem Beispiel des Ständerates folgt und der Motion ebenfalls zustimmt.

Schwerpunkt: Cyber Security

Cyber Defence und Schweizer Armee

Cyber-Angriffe sind ein hochaktuelles Thema und Cyber Security ist längst auch militärstrategisch bedeutsam geworden. Die Schweiz ist hier verwundbar – meine Motion soll der Schweizer Armee die nötigen Mittel verschaffen.



Josef Dittli,
Ständerat UR

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind in einer zunehmend vernetzten, digitalisierten Welt für Angriffe im Cyber- und Informationsraum (CIR) verwundbarer geworden. Dies haben sich in den letzten Jahren staatliche und nicht staatliche Akteure zunutze gemacht. Insbesondere die globale Vernetzung der Systeme bringt neue Verletzlichkeiten und macht unsere Systeme äusserst verwundbar. Zudem macht die Abhängigkeit unserer Ge-

sellschaft von ihren Basisinfrastrukturen wie Strom, Telekom, Spitäler oder Banken und deren IKT-Systeme zu attraktiven Zielen. Der Cyber-Raum hat längst auch militärstrategisch eine bedeutende Dimension erreicht.

Es fehlt an Mitteln

Die Schweiz beschäftigt sich intensiv mit Cyber Security. Mit der zweiten NCS-Strategie will sie sich den neuen Herausforderungen stellen. Mit MELANI besitzt die zivile Seite auch ein erstes gut funktionierendes Instrument. Auf Seiten der Armee hingegen

fehlen die Mittel, um im Rahmen der verfassungsmässigen Armeeaufträge (Kriegsverhinderung und Verteidigung, subsidiäre Unterstützung) den Bedrohungen angemessen begegnen zu können. Wie der Luftraum oder das terrestrische Staatsgebiet muss auch der Cyber-Raum verteidigt werden können. Dazu sind Mittel, Kompetenzen (Expertise, Wissen und Erfahrung) und Kapazitäten (Experten) in der Armee aufzubauen. Über das Milizsystem sollen dabei die besten IT-Leute aus Wirtschaft und Wissenschaft «abgeholt» werden.

Kein umfassendes Konzept

Es ist nicht so, dass Bundesrat Parmelin und das VBS nichts tun. Verschiedene Aussagen und Signale deuten in die richtige Richtung. Doch es fehlt ein umfassend kommuniziertes Konzept, es fehlt an «Nägeln mit Köpfen». Es ist unklar, was das VBS und der Bundesrat wirklich wollen.

Deshalb habe ich im Ständerat die Motion **«Ein Cyber Defence Kommando mit Cybertruppen für die Schweizer Armee»** eingereicht.

Der Bundesrat soll mit dieser Motion beauftragt werden, zur Erfüllung der Armeeaufträge bei der Schweizer Armee ein militärisch ausgerichtetes Cyber-Defence-Kommando mit Cyber-Truppen (Angehörige der Armee) in angemessener Stärke aufzubauen.

Cyber-RS einführen

Das Kommando soll professionalisiert aus 100 bis 150 IT-/Cyber-Spezialisten bestehen und die milizmässig aufgebauten Cyber-Truppen sollen ca. 400 bis 600 AdA's umfassen, z. B. organisiert als Cyber-Bataillon. Für die Ausbildung der Cyber-Truppen soll eine Cyber-RS angeboten werden. Das neue Cyber-Defence-Kommando der Schweizer Armee mit den Miliz-Cybertruppen soll mindestens:

- Permanent und in allen Lagen seine eigenen Systeme und Infrastrukturen vor Cyber-Angriffen schützen;

- Für den Verteidigungsfall befähigt sein, als Truppenkörper oder mit Teilen davon eigenständige Cyber-Operationen durchzuführen (Cyber-Aufklärung, Cyber-Verteidigung, Cyber-Angriff);

- Im Rahmen des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) subsidiär unterstützen und dessen Systeme schützen;

- Die Betreiber kritischer Infrastrukturen subsidiär unterstützen;

- Die zivilen Behörden des Bundes und der Kantone bei Cyber-Angelegenheiten subsidiär unterstützen;

- Zu diesem Zweck soll die Schweizer Armee eine enge Kooperation mit den Hochschulen (z. B. ETHZ, EPFL), der IT-Wirtschaft und Vertretern der potenziell gefährdeten Infrastrukturen (Energie, Verkehr, Banken usw.) eingehen sowie die notwendigen organisatorischen Konzeptionen wie Gliederung und Aufbau des Kommandos, Einsatzdoktrin, Anwerbung von IT-/Cyber-Spezialisten, Rekrutierung von IT-/Cyber-Soldaten, Ausbildung, Ressourcenbeschaffung usw. rasch vorantreiben.

Mit dem professionellen Teil der neuen Formation sollen schwerge- wichtig die sicherheitspolitischen Cyber-Bedürfnisse in der normalen Lage gewährleistet sowie die Führung des Kommandos und die Ausbildung sichergestellt werden. Mit den milizmässig aufgebauten Cyber-Truppen soll der Cyber-Raum im Verteidigungsfall behauptet werden können, und sie sollen in allen Lagen subsidiär den NDB und die zivilen Behörden unterstützen.

Der Ständerat hat am 25. September dieser Motion mit 34 zu 7 Stimmen zugestimmt. Die Motion geht nun in den Nationalrat.

Wahlbeobachtung von OSZE und Europarat in Kirgisistan

Wahlbeobachtungen – nur etwas für «politische Romantiker»?

Einen Beitrag für freie und faire Wahlen zu leisten, bedeutet, sich für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden im Grossraum Europa zu engagieren. Ziel ist es immer, aktiv «freie und faire» Wahlen anzustreben und zu unterstützen. Dazu braucht es wohl auch eine Portion Idealismus und altruistischen Geist. (Mit-)Verantwortung zu übernehmen, gehört jedoch untrennbar zum Begriff der Freiheit und zum Selbstverständnis der Freisinnigen.

Die Förderung von Verantwortungsbewusstsein und Rechtsstaatlichkeit in der Welt stellt einen Pfeiler der schweizerischen Strategie in der Aussenpolitik dar. Alt Bundesrat Didier Burkhalter hat denn auch immer davon gesprochen, dass ein ganzheitlicher Ansatz «Hearts and Minds» erobern müsse. Die Mitglieder der OSZE sind einverstanden, gegenseitig ihre Wahlen zu beobachten und sich beobachten zu lassen. Die Schweiz ist aktiv und direkt involviert, indem sie Beobachtungsteams in die OSZE-Mitgliedsländer entsendet. Auch indirekt beteiligt sich unser Land: Der Europarat in Strassburg, dem wir seit 1963 angehören, stellt üblicherweise ebenfalls Teams von Wahlbeobachtern zur Verfügung. Schweizerinnen und Schweizer von rechts bis links (z. B. Nationalrat Alfred Heer, SVP Zürich, bis hin zu Ständerätin Maury Pasquier, SP Genf) sind erfahrene Wahlbeobachter der Schweiz. Wir anerkennen, dass Wahlen, die frei von Korruption, frei von Angst und frei von Druck sowie ohne Beeinflussung durch «Fake News» stattfinden und die unter fairen Bedingungen abgehalten werden, längerfristig Demokratie aufbauen, sichern und den Frieden stärken.

Exakt festgelegte Abläufe und Verfahren

Die Wahlbeobachter nehmen einige Tage vor den Wahlen an diversen Hearings teil. Sie treffen die Langzeitbeobachter der OSZE, die Medien, lokale Parteivertreter, NGOs und verschaffen sich einen Überblick über die Verhältnisse im Vorfeld zu den anstehenden Wahlen. Erst dann werden sie



Besuch des ersten Wahllokals mit Chemavon Chahbazian, stellvertretender Leiter der Interparliamentary Cooperation and Election Observation Division des Europarats.

in Zweierteams eingeteilt, mit Kollegen oder Kolleginnen anderer Länder und Parteien. Zur Seite stehen lokale Fahrer und Übersetzer. Eine Liste legt

exakt fest, welche Wahlbeobachter welchen Landesteil und welche Wahllokale besuchen. Auch der genaue Ablauf der Beobachtungsaufgabe ist definiert. Ist die Urne bei der Eröffnung leer und wird sie korrekt versiegelt? Sind lokale Beobachter vor Ort, und falls ja, aus verschiedenen Parteien oder NGOs? Wird das Prozedere ohne Störung vollzogen? Sind die Kandidierenden auf den Listen alle korrekt aufgeführt? Findet keine Beeinflussung statt? Wurde der Name korrekt vom Pass auf die Liste übertragen und eigenhändig unterzeichnet? Dies sind nur einige Beispiele, worauf ein Beobachter zu achten hat, ohne sich jedoch einzumischen. Im letzten Wahllokal bleibt man, bis korrekt und abschliessend ausgezählt wurde und bringt dann die Protokolle ins Amtshaus, wo wiederum abschliessend ausgezählt wird. Oft läuft alles korrekt bis zu diesem letzten Moment; aber dann finden doch Unsäglichkeiten sondergleichen statt: Protokolle werden beispielsweise gefälscht oder es wird bewusst falsch zusammengezählt.

Ein schmerzhaftes Lehrstück

Meine erste Wahlbeobachtung durfte ich im Auftrag der Schweiz und unter der Leitung der OSZE vor Jahren tief im Gebirge von Kirgisistan erleben. Seinerzeit war der Wahlbetrug unerträglich und «die Strafe» folgte auf dem Fuss: Ein blutiger Aufstand, wenige Monate nach den verheerend korumpierten Präsidentschaftswahlen, war damals die Folge. Die Bevölkerung wehrte sich. Ein geschichtlich äusserst schmerzliches Lehrstück! Anlässlich der Präsidentschaftswahlen in Kirgis-



Wahlzettel sind vertraulich auszufüllen.



Das elektronische Wahlsystem.

Noch bleibt viel zu tun

Diverse Probleme entstanden gemäss unseren Wahlbeobachtungsteams beim Stimmentauschen und der absoluten «Geheimhaltung» der Stimmgabe, die elektronisch erfolgte. Das elektronische Resultat zeigte fortlaufend, wie viele Stimmberechtigte bereits gewählt hatten und wurde zudem noch landesweit in jedem Wahllokal «von Hand» nach- und ausgezählt und musste mit dem elektronischen Resultat übereinstimmen. Diese doppelte Kontrolle stellte natürlich einen grossen Aufwand dar. Die «politisch-demokratische Reife» der Bevölkerung Kirgisistans hat alles in allem grosse Fortschritte erzielt, auch wenn zweifellos noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen, verglichen mit international gängigen Anforderungen und Normen. Fast überall erlebten wir jedoch Bewohnerinnen und Bewohner, die mit grosstem Eifer und dem Willen zur Demokratisierung des Landes einen aufrichtigen Beitrag leisten wollten.

Selten erfährt man über ein Land, seine Menschen, ihre Politik und die Lebensumstände so viel wie bei Wahlbeobachtungen. Das macht uns Wahlbeobachter oft sehr nachdenklich, manchmal wütend, frustriert, aber auch dankbar für das gute Funktionieren in der Schweiz – und etwas demütig!

tan vom 15. Oktober 2017 durfte ich nun als Mitglied der Schweizer Delegation beim Europarat die Leitung des Wahlbeobachterteams übernehmen. Dies stellte meine zehnte Wahlbeobachtung innert neun Jahren dar: Nach Wahlbeobachtungen in Serbien, Moldawien, Montenegro, Georgien, der Ukraine, der Türkei, Bulgarien und Armenien war ich also im Herbst dieses Jahres zurück in Bishkek.

chancenlose – Kandidatin kämpften um das höchste Amt.

Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit fördern Vertrauen und Investitionswillen ausländischer Unternehmen und folglich den Wohlstand eines Landes. Das bewirkt, dass aus Schwellenländern Staaten entstehen, die nicht

mehr auf ausländische Entwicklungshilfe oder Unterstützung angewiesen sind und in denen der Frieden nachhaltiger gesichert wird. Globale Herausforderungen und Risiken erfordern globale Antworten. Wahlbeobachtungen stellen dabei einen relevanten Beitrag dar.

Eine von 11: Chancenlose Kandidatin

Der demokratische Fortschritt anlässlich der Präsidentschaftswahlen vom 15. Oktober war unverkennbar: Ein «harmonischer» Übergang vom freiwillig scheidenden Präsidenten zu einer neuen Führung war geprägt von technisch gut organisierten Wahlen, aber auch von krass ungleich verteilten Finanzmitteln zur Bewerbung der Wahl. Gemäss den Langzeitbeobachtern der OSZE, welche bereits Wochen vor den Wahlen im Land anwesend und kritisch begleitend tätig waren, lebten im Vorfeld zur Wahl jedoch der Pluralismus und über weite Strecken der freie Wettbewerb. Medienfreiheit war sichtbar, wenn auch nicht immer über alle Zweifel erhaben. Über 10 Kandidaten und (leider nur) eine –



Am Wahltag zusammen mit Wahlhelferinnen.



Biometrische Kontrolle und Fingerprint.



Die FDP-Delegation zu Gast in Chiasso (von links): Stabsadjutant Matthias Simmen; Yves Baeriswyl, Samuel Lanz und Anna Wartmann vom Generalsekretariat; Jürg Noth, Vizedirektor der Eidgenössischen Zollverwaltung; NR Petra Gössi; Einsatzoffizier Davide Bassi; NR Giovanni Merlini; NR Hans-Ulrich Bigler; SR Josef Dittli; RR Christian Vitta (TI); NR Matthias Samuel Jauslin sowie Gastgeber Giovanni Capoferri.

Grenzschutz und Migration

Besuch beim Grenzwachtkorps im Tessin

Am 16. September besuchten Mitglieder der FDP-Bundeshausfraktion mit Parteipräsidentin Petra Gössi und dem Tessiner Regierungsrat Christian Vitta das Grenzwachtkorps an der Schweizer Südgrenze in Chiasso. Der Fraktion war es ein Anliegen, sich selbst ein Bild von der täglichen Arbeit des Grenzschatzes zu machen und sich über die aktuelle Migrationssituation aus erster Hand informieren zu lassen.

Matthias Samuel Jauslin, Nationalrat AG

Das Grenzwachtkorps (GWK) nimmt im sicherheitspolitischen Gefüge der Schweiz eine entscheidende Rolle zur Verhinderung von illegaler Migration und Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität ein. Als souveräner Staat und Mitglied von Schengen/Dublin ist es die Pflicht der Schweiz, ankommende Personen zu kontrollieren, zu registrieren und sie entweder dem ordentlichen Asylprozess zuzuführen oder sie an die italienischen Behörden zu übergeben.

Um uns von der Praxis ein Bild machen zu können, reisten wir nach Chiasso, wo uns am Bahnhof Jürg Noth, Vizedirektor der Eidgenössischen Zollverwaltung, und Stabsadjutant Matthias Simmen in Empfang nahmen. Das Grenzwachtkorps hat direkt am Bahnhof Chiasso den GWK-Posten «Ferrovia» eingerichtet, denn das bei weitem beliebteste Transportmittel – in oder durch die Schweiz – ist der Zug. Hier bekamen wir sowohl die

Büroräumlichkeiten wie auch die Räume des Empfangs- und Verfahrenszentrums zu sehen.

Hochprofessionelle Arbeitsweise

Nach einer Präsentation durch Jürg Noth begab sich unsere Gruppe in die Vollzugsräume. Dort werden die ankommenden Personen zuerst mit Fingerabdrücken registriert, dann durchsucht und schliesslich befragt. Die Befragung wird von speziell geschulten Fachpersonen – sogenannten «Conversation Leaders» – durchgeführt. Sie sollen herausfinden, ob jemand in der Schweiz ein Asylgesuch stellen möchte oder ob er die Schweiz nur durchqueren will, um in einem anderen Land ein Gesuch zu stellen. Sofern die Person in der Schweiz um Asyl ersuchen will (und dies nicht bereits in Italien getan hat), wird sie den Migrationsbehörden für den ordentlichen Asylprozess übergeben. Hingegen werden Personen, die die Schweiz nur durchqueren wollen, im Sinne des Dublin-Systems nach Italien zurückgeführt.

Unsere Delegation durfte der Befragung eines Flüchtlings beiwohnen und konnte sich von der professionellen Arbeitsweise des GWK überzeugen. Es erfüllt die politischen Vorgaben auch in hektischen Situationen ruhig und hochprofessionell. Besonders beeindruckt hat mich persönlich der Korpsgeist, der in diesem Team herrscht. Der starke Zusammenhalt im Korps manifestiert sich gerade unter hoher Belastung.

Zwischen Frühjahr 2015 und Spätsommer 2016 – Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise – zählte man an der Bahnhofszollstelle von Chiasso an manchen Tagen mehr als 700 aus Italien ankommende Flüchtlinge. Im Vergleich dazu war die Situation an diesem Samstagmorgen ruhig. Gerade einmal ein Dutzend Personen griff das GWK an diesem spätsommerlichen Tag auf.

Grenzwachtkorps aufstocken

Doch es wäre ein Fehler, die momentane Ruhe zu unterschätzen. Obwohl derzeit deutlich weniger Flüchtlinge

an den italienischen Küsten landen als noch vor einem Jahr, kann sich die Situation im Migrationsbereich rasch ändern. Zudem befinden sich immer noch Tausende registrierte und nicht registrierte Personen in Italien, die nach Mittel- und Nordeuropa weiterziehen wollen. Aufgrund dieser volatilen Lage fordert die FDP seit langem, dass das Grenzwachtkorps personell und materiell aufgestockt wird, damit es seine Aufgaben mit der nötigen Sorgfalt und im Sinne der inneren Sicherheit der Schweiz erfüllen kann.

Als Politiker, besonders als Mitglied der Staatspolitischen Kommission, die sich mit Migrationsfragen beschäftigt, sind diese Treffen mit Praktikern sehr wertvoll. In den Gesprächen sahen wir uns in unserer langjährigen Forderung bestätigt und erfuhren etwa von Defiziten im strafrechtlichen Dispositiv zur Schlepperbekämpfung. Daraus resultierte ein Vorstoss, den ich am 29. September 2017 im Nationalrat eingereicht habe (17.3790).

Petra Gössi zur Altersvorsorge 2020

Ein Merci an die Generationenallianz

Nach einem langen und intensiven Abstimmungskampf wurde am 24. September die Altersvorsorge 2020 abgelehnt. Dieser Erfolg ist nur dank des unermüdlischen Einsatzes von Hunderten freiwilligen Helferinnen und Helfern aus der FDP möglich gewesen, die sich über Wochen und Monate bei jeder Gelegenheit gegen den Scheinkompromiss der Gewerkschaften eingesetzt haben. Von Jung bis Alt wurden die Freisinnigen wahrgenommen und haben sich für eine nachhaltige

Reform eingesetzt. Für dieses enorme Engagement möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken! Gemeinsam mit Ihnen diesen Abstimmungskampf zu bestreiten, hat mir viel Freude bereitet. Die FDP lebt durch Sie und wird dank Ihrem Einsatz wahrgenommen.

Nachdem die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vor weniger als einem Jahr bereits die AHV-plus-Initiative klar ablehnten, ist der AHV-Ausbau mit der Giesskanne nun endgültig vom Tisch. Damit ist der

Weg frei für eine echte und nachhaltige Reform. Zeit zum Ausruhen gibt es jedoch nicht, denn die Arbeit für eine sichere Altersvorsorge geht weiter. Wir haben immer betont, dass wir die Sozialwerke mit einer nachhaltigen Reform sichern wollen, die auch den Generationenvertrag respektiert und die finanziellen Probleme des Rentensystems nachhaltig löst. Wir bieten dazu Hand für rasch vermittelbare und generationengerechte, voneinander unabhängige Reformpakete, um unse-

re Altersvorsorge rasch zu stabilisieren. Dazu haben wir auch bereits im Abstimmungskampf einen Plan B präsentiert. Mit diesen Leitlinien werden wir nun im Dialog mit anderen konstruktiven Kräften im Parlament einen echten Kompromiss erarbeiten. Dazu muss sich auch die Verliererseite einbringen und darf sich nicht auf Totalopposition stellen.

**Herzlichst,
Ihre Petra Gössi**



Rückblick und Ausblick

Momentaufnahme Legislatur-Mitte

Die Zeit vergeht wie im Flug. Es ist Ende 2017 – wir haben bereits die Hälfte der 50. Legislatur hinter uns gebracht. Das ist ein guter Zeitpunkt, um kurz innezuhalten und die vergangenen beiden Jahre Revue passieren zu lassen.

Liebe Freisinnige – wenn ich auf die letzten zwei Jahre zurückblicke, dann ist es eindeutig: Das Erreichte kann sich sehen lassen! Allein in den kantonalen Wahlen gewannen wir 23 Sitze; vor allem in der Romandie und der Ostschweiz. Als einzige der bürgerlichen Parteien konnten wir zulegen. Hinzu kommt unser Erfolg bei den nationalen Abstimmungen. Von 20 nationalen Vorlagen ist der Souverän an der Urne bei deren 19 der Parole der FDP gefolgt. Damit politisiert die FDP am nächsten am Volk.

Auch wenn die eine verlorene Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform schmerzt, haben wir diesen Sommer einen unserer grössten Siege eingefahren: Die Scheinreform Altersvorsorge 2020 wurde abgelehnt. Die FDP konnte mit ihren Argumenten überzeugen, und das Volk erteilte der linken Zückerchen-Politik eine Abfuhr. Bei der Erarbeitung der neuen Reform halten wir Wort und bieten aktiv Hand für eine nachhaltige Lösung.

Wichtige Weichenstellungen

Erfolgreich war die erste Legislaturhälfte aber auch deshalb, weil wir in wichtigen Fragen die Weichen stellen konnten. So beispielsweise bei der Migrations- und der Europapolitik sowie bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Hier ist es uns gelungen, eine mehrheitsfähige Lösung zur Umsetzung der SVP-Initiative im Parlament durchzubringen, welche die Zuwanderung reduziert und gleichzeitig die Bilateralen nicht gefährdet. Dennoch besteht weiterhin Handlungsbedarf. Es müssen mit der EU gangbare Lösungen gefunden werden – nicht nur im Asylwesen, sondern vor allem auch bei der Weiterentwicklung der Bilateralen. Die FDP hat hierfür rote Linien festgelegt, welche die Souveränität der Schweiz garantieren und ihren wirtschaftlichen Erfolg si-



Petra Gössi

chern. An diesen Linien ist ein allfälliges Verhandlungsergebnis mit der EU zu prüfen.

Für diese Verhandlungen haben wir einen Trumpf im Ärmel: Mit unserem neuen Bundesrat Ignazio Cassis werden wir auch weiter direkt für die wichtigen aussenpolitischen Beziehungen und damit für die Bilateralen verantwortlich zeichnen können.

Viele Herausforderungen warten

Die Neuaufrichtung der Reformen bei den Unternehmenssteuern und der Al-

tersvorsorge, aber auch die Weiterführung des bilateralen Weges mit Europa sind jedoch nur ein Teil der Herausforderungen, die uns in den kommenden Jahren erwarten.

Sowohl von links wie von rechts wird der Erfolgsweg der Schweiz von gefährlichen Initiativen bedroht. Die Linken politisieren nach alten ideologischen Rezepten, die bisher in keinem Staat funktioniert haben. Sie träumen weiter vom Sozialismus und haben eine «99-Prozent-Initiative» lanciert. Die «Konzernverantwortungsinitiati-

ve» wird den Wirtschaftsstandort ebenfalls vor grosse Herausforderungen stellen. Aber auch die Rechte drängt mit ihren Initiativen «fremde Richter» und neuerdings mit der «Kündigungsinitiative» wieder verstärkt auf Abschottung und verteufelt alles, was mit Fortschritt zu tun hat.

Unser alt Bundesrat Didier Burkhalter hat gegen solche Engstirnigkeit stets gekämpft. An dieser Stelle möchte ich Dir, Didier, noch einmal herzlich danken für Dein Engagement für unser Land, seine Menschen und die liberale Sache. Als Bundesrat warst Du ein wegweisender Vertreter schweizerischer und freisinniger Werte – weniger reden, mehr leisten; nicht verhindern, sondern ermöglichen. Merci!

Libérale Zukunftsvision

Unsere Antwort auf die vorhin angesprochenen extremen Kräfte ist also klar: Wir, die freisinnig-liberale Bewegung! Wir haben als Einzige das Potenzial, eine konstruktive Zukunftsvision für unsere Schweiz zu entwickeln. Wir sagen Nein zu gestrigen Antworten auf Herausforderungen von heute und morgen!

Das funktioniert aber nur, wenn wir auf unseren Traditionen und unserem Erbe aufbauen. Und hier sind unsere liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zentral. Sie haben unser Land gross gemacht. Und sie sind auch die nächsten Jahre entscheidend. Denn sie sind das Instrument, um die Zukunft nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrnehmen zu können. Der Freisinn, das sind wir. Und wir wollen den Menschen in unserem Land Mut und Hoffnung machen, nicht Angst vor der Zukunft schüren. Packen wir gemeinsam an und zeichnen eine liberale Zukunftsvision für die Schweiz.

**Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP. Die Liberalen**

Wintersession 2017

Bundesbudget 2018, Rasa-Initiative und selbstfahrende Autos

Vom 27. November bis zum 15. Dezember tagen National- und Ständerat anlässlich der Wintersession in Bern. Wir haben drei besonders interessante Geschäfte aus dem dichten Programm herausgepickt, um sie kurz vorzustellen.

Bundesbudget für das Jahr 2018

Der Bundesrat schlägt für das nächste Jahr ein Budget vor, welches mit einem Defizit von 13 Millionen Franken praktisch ausgeglichen ist. Damit die Schuldenbremse eingehalten werden kann, ist es erneut notwendig, das Ausgabenwachstum zu bremsen; welches insbesondere durch die Beschlüsse des Parlaments zum NAF, zur Armee sowie zur Migration zustande kommt. Der Bundesrat setzt einerseits eine Forderung der FDP um und gleicht die Teuerung nur noch aus, wenn diese tatsächlich anfällt. Dadurch werden die Teuerungsausgaben gesenkt. Andererseits sind Massnahmen geplant bei den Eigenausgaben sowie in Bereichen, welche in den letzten Jahren stark gewachsen sind. Offen ist noch, was mit den durch die Ablehnung der Altersvorsorge 2020 freigewordenen Geldern passieren soll: Die Ablehnung der Reformvorlage führt im Voranschlag 2018 zu einer Entlastung im Umfang von rund 440 Millionen. Der Bundesrat schlägt vor, dass zum einen auf die geplante Kürzung bei der Einlage in den Bahninfrastrukturfonds verzichtet wird und zum anderen ein Teil der Gelder in den Schuldenabbau fliesst. Die Mehrheit der nationalrätlichen Finanzkommission fordert, dass diese Mittel in die AHV umgeleitet werden sollen, um dort die Schulden abzubauen.

Initiative «Raus aus der Sackgasse»

Die Rasa-Initiative wurde als direkte Reaktion auf die Annahme der Initiative «gegen Masseneinwanderung» vom 9. Februar 2014 lanciert. Mit der Initiative wollen die Initianten den Zuwanderungsartikel 121a als Ganzes wieder aus der Verfassung streichen.



Blick in die Wandelhalle.

BILD: PARLAMENTSDIENSTE 3003 BERN

Das erklärte Ziel ist der Erhalt des bilateralen Weges, den die Initianten wegen der Unvereinbarkeit der Masseneinwanderungsinitiative mit den bilateralen Verträgen gefährdet sehen. Allerdings konnte diese Gefahr gebannt werden: Im Dezember 2016 verabschiedete das Parlament eine Umsetzung der MEI, die mit den wichtigen bilateralen Verträgen konform ist. Damit sind alle Ziele der Initiative erfüllt. Rasa steht heute quer in der politischen Landschaft. Dies sah auch der Nationalrat so und erteilte in der Herbstsession sowohl der Initiative wie einem möglichen Gegenvorschlag eine überaus deutliche Absage. In der Wintersession wird nun der Ständerat über die Rasa-Initiative beschliessen. Die vorberatende Kommission empfiehlt diese zur Ablehnung, weil sie nur

zusätzliche Verwirrung stiftet. Wenn nun auch noch die Initianten erkennen würden, dass ihr Projekt obsolet geworden ist, könnte dieses Kapitel mit einem Rückzug der Initiative endlich geschlossen werden.

Fraktionsmotion «Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge»

Die Digitalisierung prägt bereits heute den Strassenverkehr stark. Neben der höheren Verkehrssicherheit ermöglichen digitale Systeme auch enorme Effizienzsteigerungen der Fahrzeuge. Die technischen Entwicklungen hin zum vollautomatisierten Fahrzeug schreiten international rasant voran. Aus diesem Grund hat die FDP-Liberale Fraktion in der Frühlingssession 2017 einen Fraktionsvorstoss einge-

reicht, der vom Bundesrat verlangt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um die Zulassung und den Verkehr von automatisierten und selbstfahrenden Fahrzeugen auf Verordnungsstufe regeln zu können. Dies würde für die Schweiz gesetzgeberische Flexibilität schaffen – rasch sowie im Einklang mit dem technologischen Fortschritt und dem internationalen Rechtsrahmen könnten die notwendigen regulatorischen Anpassungen vorgenommen werden. Nachdem der Nationalrat diesem Vorstoss der FDP bereits zugestimmt hat, soll nun auch der Ständerat in der Wintersession die Motion annehmen. Damit würde ein weiterer, wichtiger Schritt in Richtung Zukunft gemacht, damit die Chancen der Digitalisierung optimal genutzt werden können.

Persönliches Grusswort von alt Bundesrat Didier Burkhalter

Mit Herz Partei ergreifen – für Freiheit und Geschlossenheit

Liebe Freisinnige

Die FDP hat in unserem Land seit jeher eine spezielle Rolle gespielt: Es ist unsere Partei, welche die Institutionen der Schweiz geschaffen hat und sie seither am Laufen hält. Dies immer mit dem klaren Blick für das Wohl des Landes und der hellen Kraft der Freiheit und der Verantwortung.

Danke und herzlichen Glückwunsch an Sie, die sich für diese Werte – die freisinnigen Werte – einsetzen; Danke, dass Sie der Politik Ihre Zeit, Ihre Energie und Ihr Herzblut widmen.

In den letzten Jahren hat unsere Partei um ihre Werte mit solcher Überzeugung gekämpft, dass wir jetzt wieder erfolgreich sind und daher auch mehr Verantwortung tragen dürfen. Seit den letzten Nationalwahlen haben wir viele Sitze in kantonalen Parlamenten gewonnen: Unsere föderalistische, ausgewogene Politik zwischen individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit fand Anklang.

Wichtige Schritte vorwärts

Für unsere Partei stellt aber auch die vergangene Bundesratswahl einen wichtigen Schritt vorwärts dar: Unser zweiter Sitz in der Landesregierung ist unbestritten. Möglich wurde dies dank Ihnen allen. Wir haben in der Gesellschaft wieder das Bewusstsein für die freisinnigen Werte – Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt – geweckt. Darauf aufbauend können wir unsere Zukunft gestalten – auch gegen aussen.

An dieser Stelle möchte ich Dir, Ignazio Cassis, herzlich gratulieren und wünsche Dir viel Erfolg für Dein neues Amt als Bundesrat und als EDA-Chef. Du wirst sehen: Aussenpolitik hat nichts Fremdes an sich. Denn auch die Schweizer Aussenpolitik findet ihren Ursprung in den Werten unserer Verfassung, die das Beste aus dieser Welt verbindet: Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Armutsbekämpfung und Umweltschutz.



Didier Burkhalter, umrahmt von BR Johann Schneider-Ammann und BR Ignazio Cassis (DV Engelberg).

Freiheiten schätzen und bewahren

Mein Wunsch für die Zukunft: Dass die FDP, dass Sie alle, diesen frischen Wind aufnehmen. Dass Sie die lebhafteste, offene politische Debatte weitertragen und offen bleiben für neue Ideen, aber auch für das Bestreben, unterschiedliche Positionen zu respektieren und der eigenen gegenüberzustellen. Denn damit lassen sich Lösungen finden, die einen langfristigen Fortschritt für die Gemeinschaft ermöglichen. Halten wir diesen zutiefst schweizerischen wie liberalen Geist hoch; er ist die Grundlage für die Freiheit, die wir so sehr lieben.

Denn der Kampf um die Freiheit ist nie definitiv gewonnen. Wer Freiheiten behalten will, muss stets wachsam bleiben und leidenschaftlich um deren Erhalt kämpfen; er muss die Freiheiten schätzen und bewahren. Überall auf der Welt, die uns umgibt, sehen wir Beispiele dafür, was passiert, wenn die

individuelle Freiheit verloren geht. Für viele Menschen herrscht nicht Freiheit, sondern Angst. Für sie ist die Freiheit nur ein Traum, während der Albtraum wahr geworden ist.

Dialog als einziger Weg

Zentrale Freiheitsrechte und die Demokratie als Regierungsform geraten weltweit zunehmend in Bedrängnis. Als Liberale und als Schweizer darf uns das nicht gleichgültig sein. Unsere liberale Verfassung beauftragt uns darum, uns für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf der Welt einzusetzen. Als hochvernetztes Land haben wir Interesse an Stabilität und Frieden, an Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Wir tun das mit Diskretion und im Dialog. Dialog garantiert zwar noch keinen Fortschritt. Aber Dialog ist der beste und oft sogar der einzige Weg, um voranzukommen im Kampf für Freiheit und Demokratie. Das habe ich

in den letzten Jahren eindrücklich erleben können.

Danke!

Liebe freisinnige Freunde, ich bin dankbar für die Eindrücke und Erfahrungen, die ich in meiner Zeit als Bundesrat, als Staatsmann, erleben durfte. Ich danke Ihnen allen für das Vertrauen und die konstruktive Kritik. Ich weiss, dass Sie sich in der Zukunft weiter für eine Schweiz und für eine Welt der Freiheiten einsetzen werden.

Ob als Bürger oder Mandatsträger, in der Politik oder in der Wirtschaft, wir alle können einen Unterschied ausmachen: Ebenen wir der Freiheit und der Solidarität den Weg durch unseren Sinn für Verantwortung. Dafür müssen wir auf jene Schläge hören, deren Geräusch wir zuweilen nur dumpf wahrnehmen. Aber es sind Schläge, auf die wir hören müssen, selbst im Härtebereich der Politik: Unsere Herzschräge. **Ihr Didier Burkhalter**

Wechsel bei Kommunikation, Kampagne und Fraktionssekretariat

Viele neue Gesichter

Der Herbst bringt viele Veränderungen im FDP-Generalsekretariat: Neuer Kommunikationschef ist Martin Stucki, Marcel Schuler wird Kampagnenleiter und Michael Mandl wird neu Fraktionssekretär.

Kommunikation

Martin Stucki ist neuer Kommunikationschef bei FDP. Die Liberalen Schweiz. Er folgt auf Georg Därendinger, der ab Februar 2015 die Kommunikationsabteilung der FDP leitete und zuvor als politischer Sekretär auf dem Generalsekretariat (GS) tätig war. Georg Därendinger wechselte per Anfang September zur Post als Leiter Politik und Kommunikation Regional.

Mit Martin Stucki gewinnt die FDP einen erfahrenen Kommunikator. Seit 2011 arbeitete er bei der Schweizerischen Bankiervereinigung, zuletzt als Leiter Kampagnen, Analysen & Netz-

werke. Er ist für die FDP kein Unbekannter: Vor 2011 war Martin Stucki bereits Mitarbeiter Kommunikation und Projektleiter Kampagnen im FDP-GS und hat für die FDP Stadt Bern für den Gemeinderat kandidiert.

Kampagnen

Der Thurgauer Marcel Schuler übernimmt die Leitung des Kampagnenteams von Matthias Leitner, welcher seinerseits neu «Leiter Parteiorganisation» wird. Diese neue Funktion vereint Kampagnen, interne Kommunikation, Onlinekommunikation sowie die Betreuung der Kantonal- und Ortsparteien. Damit sollen die Schlagkraft

und der Dienstleistungscharakter des Generalsekretariats weiter gestärkt werden. Marcel Schuler bringt einen breiten FDP-Rucksack mit. Er absolvierte bereits 2012 ein Praktikum in der Kommunikationsabteilung der FDP, war von 2012 bis 2016 Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Schweiz und arbeitet seit 2016 als fester Mitarbeiter in der FDP-Kampagnenabteilung. Bis 2016 arbeitete er in der Public-Affairs-Abteilung einer Schweizer Versicherung.

Fraktionssekretariat

Charles Jean-Richard hat das GS per 1. November verlassen und wird per-

sönlicher Mitarbeiter unseres neuen Bundesrats Ignazio Cassis. Seit 2011 war er im GS als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und ab 2013 als Fraktionssekretär der Leiter des Bereichs «Fraktion und Politik». Charles Jean-Richard war mit seinem enormen Fachwissen und seinem Erfahrungsschatz ein echter «Troubleshooter». Neuer Fraktionssekretär ist seit 1. November Michael Mandl, welcher seit März 2015 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im GS tätig ist. Vorher arbeitete er bei Avenir Suisse als Researcher in diversen Fachbereichen zur Bewältigung der Herausforderungen der Schweiz.

100 Jahre FDP Meilen

Jubiläen sind sinnstiftend – auch für unsere FDP

Die FDP-Ortspartei Meilen wird am Samstag, den 13. Januar 2018, ihr 100-Jahr-Jubiläum feiern. Bundesrat Johann Schneider-Ammann sowie national und international bekannte freisinnige Persönlichkeiten werden auftreten und mitfeiern.

Roger E. Schärer, ehemaliges Mitglied des FDP-Bezirksvorstandes Meilen, Feldmeilen

Jubiläen sollen mit ihrem historischem Erbe unserer Geschichte Achtung und Respekt erweisen und das Wirken unserer Gründerpersönlichkeiten dankbar anerkennen. Mit beeindruckendem Einsatz und in widrigen Zeiten lebten sie liberale Überzeugungen, dienten der res publica, schafften Grundlagen für unseren demokratischen, freiheitlichen und föderalen Rechtsstaat. Sie setzten Werte, die uns in ihrem innersten Kern zusammenhalten. Geschichte ist nie abgeschlossen; nur faktisches Wissen einer gemeinsamen Geschichte genügt nicht. Die Schweiz und die FDP sind nicht einfach so zu dem geworden, was sie

sind. Sie sind Ergebnis vieler grosser und kleiner politischer Initiativen, des Engagements vieler im Milizsystem, begleitet sowohl von Rückschlägen als auch von Erfolgen, seit der Gründung unseres Bundesstaates 1848. 1918 gewannen andere Parteien die Nationalratswahlen im Umfeld eines kriegsgeschundenen Europa. Der Arbeiterkongress besprach die desolote wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft. Die Zahl der Notstandsberechtigten erreichte ein Rekordniveau von 692'000. Der Bundesrat erliess eine Verordnung gegen Preiswucher, und der Generalstreik schuf ein explosives soziales Spannungsfeld. Vor diesem Hinter-



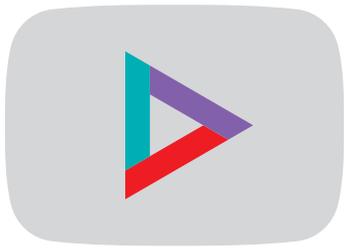
Die FDP Meilen freut sich auf das grosse Jubiläum.

grund steht die Gründung der FDP Meilen 1918 für den richtigen Weg, in enger Verbindung zum politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesell-

schaftlichen Erfolg unseres Landes. Auch für uns gilt, dass Zukunft nicht nur das ist, was sie uns bringt, sondern was wir aus ihr machen. Es gilt innezuhalten, nachzudenken und eine Politik zu propagieren, die mit Mut und Gestaltungskraft agiert. Vorausdenkendes Agieren, nicht Reagieren und die individuelle Freiheit reflektieren die Geschichte des Freisinns. Die FDP Meilen wird rechtzeitig das Programm für die öffentliche Jubiläumsfeier bekannt geben. Es soll ein wahrnehmungstarker Auftakt für die Kantonsrats- und Gemeindewahlen sein. Eine Festschrift wird vorliegen, die ab Januar 2018 gekauft werden kann.

Business.

Risiken.



Abgedeckt.

Sein Unternehmen für die Zukunft abzusichern ist einfach.
Sie kennen die Herausforderungen, wir die passende Lösung.